

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## BILDUNG UND SOZIALE UNGLEICHHEIT IN KIRGISTAN NAHRUNGSMITTELUNSICHERHEIT UND ARMUT IN TURKMENISTAN

■ ANALYSE		
Bildung und soziale Ungleichheit in Bischkek		2
Aigoul Abdoubaetova, Abteilung für Forschung und Lehre an der OSZE-Akademie in Bischkek		
■ DOKUMENTATION		
Daten zur Sekundarbildung in Kirgistan		7
Kennziffern zu Armut und Löhnen in Kirgistan		8
■ ANALYSE		
Nahrungsmittelunsicherheit, Armut und autoritärer Zerfall in Turkmenistan		9
Luca Anceschi, Universität Glasgow		
■ DOKUMENTATION		
Bericht von Human Rights Watch zu Nahrungsmittelsituation und Armut in Turkmenistan: »Denial, Inaction Worsen Food Crisis« (23.09.2020)		12
■ STATISTIK		
Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien		18
■ CHRONIK		
10. Juli 2020 bis 27. September 2020 (einschließlich Covid-19-Chronik)		22
Kasachstan		22
Kirgistan		26
Tadschikistan		30
Turkmenistan		34
Usbekistan		38

## Bildung und soziale Ungleichheit in Bischkek

Aigoul Abdoubaetova, Abteilung für Forschung und Lehre an der OSZE-Akademie in Bischkek

DOI: 10.31205/ZA.143.01

### Zusammenfassung

Private Bildung wird in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek zunehmend beliebter. Ursprünglich den Kindern von Expats und internationalen Fachkräften vorbehalten, richten sich die meisten Privatschulen mittlerweile an eine wachsende Schicht wohlhabenderer Einkommensklassen. In diesem Artikel soll die zunehmende Privatisierung, Vermarktlichung und Elitarisierung von Bildung in Bischkek analysiert werden, wodurch sich ein differenziertes Bild der mit diesen Prozessen zusammenhängenden Stratifizierung der kirgisischen Gesellschaft und der in ihr vorherrschenden sozialen Ungleichheit ergibt. Als neoliberales Phänomen spiegeln der wachsende private Bildungssektor und seine Mechanismen zum Ausschluss großer de-privilegierter Teile der Gesellschaft die hohe sozioökonomische Ungleichheit im postsowjetischen Kirgistan wider, wo sich seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion eine hohe Kluft zwischen Arm und Reich aufgetan hat. Insbesondere nach dem Zerfall der Sowjetunion und den darauffolgenden 1990er Jahren war Armut weit verbreitet und betraf weite Teile der Gesellschaft gleichermaßen. Seit den 2000er Jahren nimmt die Armut in Kirgistan ab, während gleichzeitig die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird. Private Bildung ist schließlich nicht nur Ausdruck sondern auch Faktor der Perpetuierung sozialer Ungleichheit, da sie die Bindung von bestimmten Ressourcen, die für berufliche Karriere und sozialen Aufstieg nötig sind, innerhalb der urbanen privilegierten Schicht von Bischkek ermöglicht.

### Vermarktlichung, Privatisierung und Elitisierung der Bildung in Kirgistan

Kirgistan gilt als einer der ärmsten Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Laut Rating der Weltbank hatte das Land 2019 ein BIP von 1.309 US-Dollar pro Kopf und lag damit auf Platz 188 von 223 erfassten Staaten. Trotz niedriger Löhne und der in Kirgistan vorherrschenden Armut hat der Markt für private Sekundarbildung in den vergangenen Jahren einen enormen Aufschwung erlebt. Dem Nationalen Statistikkomitee zufolge gab es 2019 bereits 142 private Sekundarschulen im Land, womit sich deren Anzahl seit 2015 beinahe verdoppelt hat.

Die Kosten privater Bildung sind für ein derartig armes Land wie Kirgistan sehr hoch. Private Eliteschulen mit einem international ausgerichteten Curriculum und Englisch als Hauptunterrichtssprache kosten jährlich etwa 9.000 – 19.000 US-Dollar, Schulen, die auf Russisch unterrichten und sich an den lokalen Bildungsstandards orientieren, etwa 2.500 – 7.000 US-Dollar. Angesichts eines monatlichen Durchschnittslohns von umgerechnet 225 US-Dollar sind solche Schulen für die meisten Familien in Kirgistan unerschwinglich, weshalb sie ihre Kinder lediglich an Schulen des öffentlichen Bildungssektors anmelden können, in dem Unterrichts- und Lehrqualität jedoch stark schwanken.

In Wirklichkeit ist auch der Besuch öffentlicher Schulen längst nicht mehr kostenlos. Eltern zahlen dort unterschiedliche »freiwillige« Gebühren, wobei derartige regelmäßige Zahlungen gängig und mehr oder weniger obligatorisch sind. Aufgrund von Budgetengpässen dür-

fen öffentliche Schulen nach zusätzlichen, nicht-staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Eine dieser zusätzlichen Geldquellen sind die Eltern, die u. a. für die Verbesserung oder bloße Instandhaltung der schulischen Infrastruktur jährlich bis zu 200 US-Dollar, teilweise sogar mehr, an die jeweilige Einrichtung bezahlen müssen. Schulsachen, spezielle Lehrbücher, Schuluniformen, außerschulische Aktivitäten, Essen und Transport sind weitere Kostenpunkte für Eltern, deren Kinder eine öffentliche Schule besuchen. In der Summe stellen diese Ausgaben insbesondere für Familien mit mehreren Kindern eine hohe finanzielle Belastung dar, weshalb bereits der Besuch einer regulären öffentlichen Schule

Abb. 1: Privatschule im südlichen Bischkek



Foto: Aigoul Abdoubaetova

mit durchschnittlicher Lehr- und Unterrichtsqualität Ursache für große materielle Schwierigkeiten sein kann.

Einige wenige öffentliche Gymnasien und Lyzeen in Bischkek stechen aus der Masse der durchschnittlichen Schulen hervor, weil sie über ein spezialisiertes Curriculum verfügen. Diese Schulen sind bekannt dafür, dass ihre Schülerinnen und Schüler bei Schulwettbewerben oder den landesweiten, standardisierten Abschlussprüfungen regelmäßig Bestergebnisse erzielen. Sie gelten als »Eliteschulen« und genießen einen hohen Status. An solchen Schulen müssen noch höhere »freiwillige« Gebühren gezahlt werden, es ist schwierig einen ihrer Plätze zu ergattern und die Klassen sind überfüllt. Für die Mehrheit der Bevölkerung stellen deshalb die durchschnittlichen, nicht besonders leistungsstarken öffentlichen Schulen die einzige Option dar.

In einem Land, in dem das Durchschnittsgehalt 225 US-Dollar beträgt, sind Privatschulen mit Gebühren von bis zu 19.000 US-Dollar schließlich ein klarer Indikator für soziale Ungleichheit. Hierbei sei angemerkt, dass Bildung natürlich nicht der einzige gesellschaftliche Bereich ist, in dem sich die allgemeine soziale Ungleichheit manifestiert. Schaut man auf die Premiapartements, schicken Autos und teuren Restaurants der wohlhabenderen Bevölkerungsteile einerseits, und andererseits auf die heruntergekommenen Gemeinschaftsräume vieler Familien, auf Menschen, die im Müll wühlen müssen, und Rentner, die auf der Straße um Geld betteln, dann lässt sich die alltägliche soziale Kluft innerhalb der kirgisischen Gesellschaft kaum übersehen. Leider wird diese Kluft mit jedem Jahr immer offensichtlicher.

Die soziale Ungleichheit manifestiert sich dabei auch räumlich: Der Zuzug von Binnenmigranten lässt Bischkek vor allem in seiner nördlichen Randlage wachsen. Während in den *nowostroika* genannten neuen Siedlungen im Süden recht gute Lebensbedingungen herrschen, sind es vor allem die neuen Stadtteile im nördlichen Bischkek, die sehr ärmlich geprägt sind, mit dementsprechend schlechten Lebensverhältnissen. Diese räumlichen Unterschiede werden jedes Jahr größer und sichtbarer.

### Die Bildungslandschaft Bischkeks als Spiegel sozialer Ungleichheit

In meiner vorherigen Studie habe ich untersucht, welche Motivationen Eltern zur Auswahl welcher Schule für ihre Kinder haben, und welche Faktoren für diese jeweiligen Motivationen entscheidend sind. Im Ergebnis zeigte sich eine direkte Korrelation zwischen dem Einkommen der Eltern und ihrer Entscheidung für eine private oder öffentliche Schule: je höher das Einkommen, desto wahrscheinlicher ist es, dass Eltern ihre Kinder an eine Privatschule schicken. Meine Untersuchung hat schließlich gezeigt, dass die obersten wirtschaftlichen

und politischen Eliten, wohlhabendere Oberschichten und neureiche Familien aus dem kaufmännischen Sektor die Hauptklientel der Privatschulen bilden. Selbst an den internationalen Eliteschulen, die ursprünglich für die Kinder von Expats und internationalen Fachkräften gegründet wurden, machen einheimische Schülerinnen und Schüler mittlerweile durchschnittlich 40–60% aus.

Wohlhabendere Familien entscheiden sich für Privatschulen, weil ihre Kinder dort eine Reihe von Privilegien genießen, die die Schülerinnen und Schülern an den öffentlichen Schulen nicht besitzen. Die überbelegten Klassen an den öffentlichen Schulen sind der wichtigste Grund, warum Eltern sich für die Alternative einer Pri-

Abb. 2: Privatschule im südlichen Bischkek

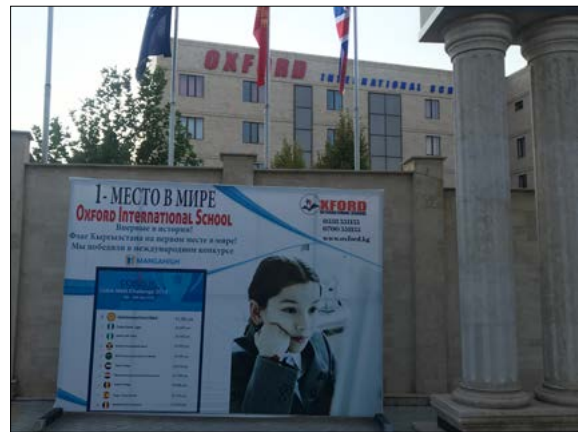


Foto: Aigoul Abdoubaetova

vatschule entscheiden. Da die Bevölkerung von Bischkek aufgrund von massiver Binnenmigration in den letzten drei Jahrzehnten stark gewachsen ist, sind die Schulen der Hauptstadt extrem überfüllt. Klassen sind teilweise so groß, dass sie die infrastrukturellen Kapazitäten der Klassenzimmer, die für einen ordentlichen Unterricht notwendig sind, um das Zweifache übersteigen. So gibt es Schulen mit über 50 Erstklässlerinnen und Erstklässlern pro Klasse, die jeweils von einer einzigen Lehrkraft unterrichtet wird. An den meisten staatlichen Schulen ist der Betrieb in zwei Schichten aufgeteilt. Nach einem Bericht der Bildungsverwaltung des Bürgermeisters von Bischkek wird der Unterricht an 12 von 97 öffentlichen Schulen in Bischkek sogar in drei Schichten durchgeführt. Im Gegensatz dazu bieten Privatschulen kleine Klassen, ein deutlich umfangreicheres Betreuungsverhältnis und eine bessere Infrastruktur. Außerdem bieten sie ein Ganztagsprogramm an, d. h. die Kinder werden nach dem Unterricht beaufsichtigt, bekommen Verpflegung und Hausaufgabenhilfe gestellt und können in einer sicheren Umgebung außerschulischen Aktivitäten nachgehen. Diese Privilegien und Annehmlichkeiten können die öffentlichen Schulen in Kirgistan ihren Schülerinnen und Schülern nicht bieten.

**Abb. 3: Privatschule im südlichen Bischkek**

Foto: Aigoul Abdoubaetova

Die Schulauswahl wird auch dadurch beeinflusst, wie mobil die Kinder sind und wo die Schulen liegen. Die Umfragen während der Forschung haben ergeben, dass die räumliche Nähe für Eltern, die ihre Kinder auf einer staatlichen Schule angemeldet haben, eines der Hauptkriterien bei der Wahl der Schule war: 68 % entschieden sich für eine Schule in der Nähe ihres Wohnorts, wobei die Entscheidung in 52 % der Fälle auf die Schule im jeweiligen Bezirk fiel. Staatliche Schulen stellen keine Transportmöglichkeiten für die Kinder zur Verfügung. Tägliches Pendeln ist deshalb nicht nur teuer, sondern zehrt zudem stark an den Kräften der Familienmitglieder. Mobilität ist besonders für die Menschen aus den neueren Siedlungen am Rande Bischkeks ein schwerwiegendes Problem, da sie weit entfernt vom Stadtzentrum liegen, wo sich die besser ausgestatteten Schulen befinden. Die Qualität der Schulen in diesen Siedlungen ist dabei sehr schlecht, sie sind überfüllt und es herrscht ein hohes Maß an Fluktuation innerhalb des Lehrkörpers. Für die Eltern von Privatschülerinnen und Privatschülern ist Mobilität hingegen kein großes Thema: Sie besitzen eigene Autos, können sich Taxis leisten, oder die Schule dafür bezahlen, den Transport zu organisieren. Die räumliche Nähe der Bildungseinrichtung spielt daher nur für 5 % von ihnen bei der Schulwahl eine Rolle.

Meine Studie hat ergeben, dass der Zugang zu Bildungseinrichtungen hauptsächlich von drei Ressourcen der Elternhäuser abhängig ist: finanzielles, soziales (ein soziales Netzwerk haben bzw. einflussreiche Persönlichkeiten kennen) sowie kulturelles («Humankapital»: gebildet sein, Skills und Know How) Kapital. Teure Eliteschulen werden eher von denjenigen besucht, welche alle drei genannten Ressourcen aufweisen können. Finanzielle Mittel können zudem die anderen beiden Ressourcen überwiegen. So kann eine Familie mit wenigen kulturellen Ressourcen aber großem Finanzka-

pital ihren Kindern dennoch Privatschulbildung ermöglichen. Auch urbane, gebildete Eltern können trotz mangelnden finanziellen Ressourcen durch ihre sozialen und kulturellen Kapitale die Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder verbessern.

Wie bereits angedeutet findet auch innerhalb des staatlichen Schulsystems eine sozioökonomische Segregation statt. Die Interviews lassen erkennen, dass gut gebildete Eltern aus der Stadt ihren Kindern viel eher einen Platz an einer der besseren öffentlichen Schulen sichern können als Eltern, die ein geringes Bildungsniveau oder einen Binnenmigrationshintergrund haben. Eine besondere Rolle spielen gebildete, berufstätige Mütter, die über das Wissen und die sozialen Netzwerke verfügen, um ihren Kindern innerhalb der vorgefundenen Strukturen die bestmögliche Bildung zu verschaffen. Da die »freiwilligen« Gebühren an den staatlichen Eliteschulen höher sind und die Curricula deutlich anspruchsvollere Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler stellen, sehen viele ärmere Haushalte mit niedrigem sozialen Kapital in ihnen keine realistische Alternative.

Die größten Benachteiligungen erleben diejenigen, denen es an allen drei dargestellten Kapitalformen mangelt. Insbesondere ärmere Binnenmigranten, die auf der Suche nach Arbeit nach Bischkek kommen, zählen zu dieser Gruppe. Sie arbeiten oft in schlecht bezahlten Jobs und besitzen keinerlei finanzielles Kapital. Sie besitzen nur wenig soziales Kapital, da sie als »Neulinge« in der Stadt über keine ausgeprägten Netzwerke verfügen, ihr Bildungsniveau ist in der Regel niedrig und ihre Kenntnisse des Russischen sind eher begrenzt. Da in diesen Familien oft nur Kirgisisch gesprochen wird, können die Kinder dementsprechend auch nur eine der wenigen rein kirgisischsprachigen Schulen der Stadt besuchen.

Dabei spielt die Sprache in Kirgistan eine wichtige Rolle für den Bildungsweg. Russisch ist vor allem in Bischkek die Sprache der höheren Bildung, fließende

**Abb. 4: Werbung für die Oxford International School an einer Bushaltestelle**

Foto: Aigoul Abdoubaetova



Russischkenntnisse sind daher eine Notwendigkeit für den beruflichen Aufstieg. Sprachliche Barrieren stellen für betroffene Eltern oft eine große Schwierigkeit dar, für ihre Kinder eine gute öffentliche Schule zu finden, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen oder eine nachhaltige Kommunikationsbasis mit Lehrern und Schulverwaltung zu etablieren. Neben dem Russischen kommt Englisch im Bereich der höheren Sekundarbildung eine immer wichtigere Bedeutung zu; Englisch ist mittlerweile die Standardunterrichtssprache der teuersten Bildungseinrichtungen mit der höchsten Bildungsqualität. Für ein Studium im Ausland oder zumindest den Top-Universitäten des Landes, wie der American University, der University of Central Asia oder der International University of Central Asia, sind schließlich fließende Englischkenntnisse notwendig.

Im Ergebnis existieren verschiedene öffentliche und private Schultypen für Familien mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen nebeneinander. Die Mitglieder der höchsten Einkommensklassen schicken ihre Kinder auf teure Privatschulen und die höher gebildeten, städtischen Mittelschichtfamilien versuchen es in die besser ausgestatteten, staatlichen Eliteschulen hineinzuschaffen. Währenddessen haben ärmere Familien und Eltern mit geringer Bildung oder einem Binnenmigrationshintergrund kaum andere Möglichkeiten, als ihre Kinder auf eine der unterfinanzierten und qualitativ unterdurchschnittlichen Schulen in ihrer Nachbarschaft zu schicken.

Ob Eltern die Schulgebühren zahlen können oder nicht ist, neben den Aspekten von innerstädtischer Mobilität und urbaner Raumkonfiguration, schließlich der wichtigste Faktor, der über den Zugang zu Bildung entscheidet. Diese neoliberale Tendenz vertieft die bereits existierende soziale Ungleichheit, und das in einem Land, in dem hochwertige Bildung noch vor drei Jahrzehnten flächendeckend für alle Teile der Gesellschaft kostenlos war. Unter dieser Tendenz hat Bildung in Kirgistan ihre Eigenschaft als öffentliches Gut verloren und die Form einer Ware angenommen, die und mit der als solche gehandelt wird. Junge Menschen aus benachteiligten und armen Familien werden so von höheren Bildungsformen exkludiert, Chancen für einen sozialen Aufstieg bleiben ihnen nachhaltig verwehrt.

### Wie das kirgisische Sekundarbildungssystem soziale Ungleichheit perpetuiert

Einer der stärksten Indikatoren für Bildungsungleichheit ist die Tatsache, dass die Absolventinnen und Absolventen von Privatschulen deutlich bessere Chancen besitzen, eine Hochschulbildung zu erlangen bzw. an einer ausländischen Universität zu studieren. In meinen Interviews mit den Rektoren privater Eliteschulen zeigte sich, dass die Schülerinnen und Schüler dort

auf ihren »Export«, also ein Studium im Westen, z. B. in Europa, den USA oder Kanada, vorbereitet werden sollen. Manche Privatschulen werben explizit damit, indem sie sich nach weltbekannten Universitäten wie Oxford, Cambridge und Harvard benennen, obwohl sie keinerlei institutionelle Verbindungen mit diesen besitzen. Von den Eltern der Privatschülerinnen und Privatschüler planen 81 % der Befragten für ihr Kind ein Studium im Ausland.

Wenn es darum geht, an westlichen Universitäten angenommen zu werden, sind die Schülerinnen und Schüler privater Eliteschulen gegenüber den Schülerinnen und Schülern der öffentlichen Schulen in vielerlei Hinsicht bevorteilt. Neben einem international ausge-

Abb. 5: Eine Werbetafel für eine neue, 2020 eröffnete Privatschule



Foto: Aigoul Abdoubaetova

richteten, auf Englisch unterrichteten Curriculum gibt es an privaten Eliteschulen eigene Hochschulberater, welche die Jugendlichen dabei unterstützen, an der Hochschule ihrer Wahl zugelassen zu werden, indem sie mit ihnen zusammen die Bewerbungsunterlagen vorbereiten und Nachhilfe für die TOEFL (Test of English as a Foreign Language)- oder SAT-Tests (Scholastic Aptitude Test) anbieten. Außerdem organisieren sie jährliche Exkursionen, um den Schülerinnen und Schülern die Universitäten in der EU, dem Vereinigten Königreich und den USA, inklusive der *Ivy-League*-Universitäten, zu zeigen (zu den Ivy League Schools zählen acht Privatuniversitäten im Nordosten der USA, die allgemein zu den besten Universitäten der Welt gezählt werden). Dadurch sollen die Schülerinnen und Schüler motiviert werden, noch intensiver zu lernen. Der Zugang zum globalen Bildungsmarkt versorgt sie mit Bildungs- und Karriere-möglichkeiten, die sich stark von denen der Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Schulen unterscheiden.

Für Eltern, die einer mittleren Einkommensklasse angehören, die es sich also leisten können, ihre Kinder

an günstigeren Privatschulen oder an staatlichen Eliteschulen unterrichten zu lassen, besteht die Möglichkeit, ihre Kinder an die prestigeträchtigeren Universitäten Kirgistans oder Russlands zu schicken. Die Schülerinnen und Schüler staatlicher Elitegymnasien und der unter dem Markennamen *Sapat* bekannten türkischen Kette von Lyzeen schneiden in den Nationalen Standardisierten Tests (NST) extrem gut ab. Die NSTs entscheiden über die Zulassung an die kirgisischen Universitäten. Die meisten der NST-Goldmedaillen, die an die 50 besten Schülerinnen und Schüler vergeben werden, gehen regelmäßig an die Absolventinnen und Absolventen dieser Schulen. Viele Absolventinnen und Absolventen der *Sapat*-Schulen schaffen außerdem die stipendienbasierte Zulassungsverfahren für ausländische Universitäten. Die türkischen Lyzeen unterrichten schließlich nicht nur auf Russisch und Kirgisisch, sondern führen auch eine beträchtliche Anzahl an Unterrichtsstunden auf Englisch durch.

Im Zeitraum 2019 – 2020 waren durchschnittlich 74 % der aus Bischkek stammenden Gewinnerinnen und Gewinner einer NST-Goldmedaille Schülerinnen oder Schüler an einer staatlichen Schule und 26 % an einer russischsprachigen Privatschule. Englischsprachige Privatschulen nehmen nicht einmal an den NSTs teil, da sie ohnehin kein Interesse daran haben, ihre Absolventinnen und Absolventen an einer kirgisischen Universität unterzubringen. Auffällig ist, dass eine kleine Anzahl besonders guter staatlicher Schulen den Großteil der Medaillengewinnerinnen und -gewinner der öffentlichen Bildungseinrichtungen stellt: 31 % der Goldmedaillen gingen an *eine einzelne* öffentliche Eliteschule, während die besten drei unter den 97 öffentlichen Schulen in Bischkek 65 % der Goldmedaillen auf sich vereinigten. Daran lassen sich die großen Qualitätsunterschiede erkennen, die zwischen den einzelnen öffentlichen Schulen bestehen. Der weitaus größte Teil der öffentlichen Schulen schneidet bei der Preisverleihung schlecht ab. Ihnen mangelt es an Ressourcen und qualifiziertem Lehrpersonal. Unter ihnen schneiden diejenigen Schulen am schlechtesten ab, die in den neueren Stadtrandsiedlungen liegen, in denen überwiegend Binnenmigranten leben. Von den 93 Goldmedaillengewinnerinnen und -gewinnern in den letzten drei Jahren, die aus Bischkek stammten, kam nur einer aus einer der neueren Stadtrandsiedlungen, obwohl sich dort 21 der 97 öffentlichen Schulen Bischkeks befinden.

Es ist also keine Überraschung, dass die Karrierewege der Schulkinder von privaten und öffentlichen

Bildungseinrichtungen nach dem Schulabschluss sehr unterschiedlich verlaufen: den Privatschülerinnen und Privatschülern eröffnet die Globalisierung eine ganze Welt voller neuer Möglichkeiten zu reisen, im globalen Ausland zu studieren und beruflich tätig zu werden, oder sich eine lukrative Position innerhalb der wirtschaftlichen und politischen Elite Kirgistans zu sichern. Im Gegensatz dazu bietet das Bildungssystem den Schülerinnen und Schülern der schlechteren öffentlichen Schulen lediglich die Möglichkeit, als Arbeitsmigrant nach Russland zu gehen, oder sich höchstens noch für ein Studium an einer der qualitativ unterdurchschnittlichen staatlichen Universitäten einzuschreiben. Dies ermöglicht jedoch den wenigsten, später einer gut bezahlten Berufstätigkeit nachzugehen.

### Fazit

Neoliberale Reformen und die Vermarktlichung der Bildung haben Familien mit hohem Einkommen in Bischkek neue Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Diese Familien können sich Schulen mit einer besseren Infrastruktur, kleineren Klassen, qualifizierteren Lehrern und mehr Sicherheit leisten. Während dieser Minderheit von Familien besser ausgestattete Schulen zur Verfügung stehen, hat die arme Mehrheit der Bevölkerung keinen Zugang zu guten Schulen. Sie besuchen die öffentlichen Schulen, die am nächsten zu ihrem Wohnort liegen, und sich durch eine heruntergekommene Infrastruktur, große Klassen sowie unmotivierte und überlastete Lehrer auszeichnen. Bildungsungleichheit schlägt sich dabei auch in der Struktur des urbanen Raumes nieder. Die schlecht ausgestatteten und überfüllten Schulen liegen am Stadtrand und werden von Kindern ärmerer Binnenmigranten besucht, denen das finanzielle, soziale und kulturelle Kapital fehlt, das von wohlhabenden Familien genutzt wird, um ihren Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen. Die meisten öffentlichen Schulen sind in ihrem momentanen Zustand nicht in der Lage, Kindern aus armen Familien den sozialen Aufstieg zu ermöglichen, wodurch ihre Karriere- und Einkommensperspektiven nachhaltig eingeschränkt sind. Im Gegensatz dazu haben Privatschulen ausreichende Mittel, um ihren Schülerinnen und Schüler bessere Perspektiven zu bieten. Am Beispiel der Bildungslandschaft von Bischkek zeigt sich, dass Bildungsungleichheit umfassendere soziale Ungleichheiten zugleich widerspiegelt und weiter vertieft.

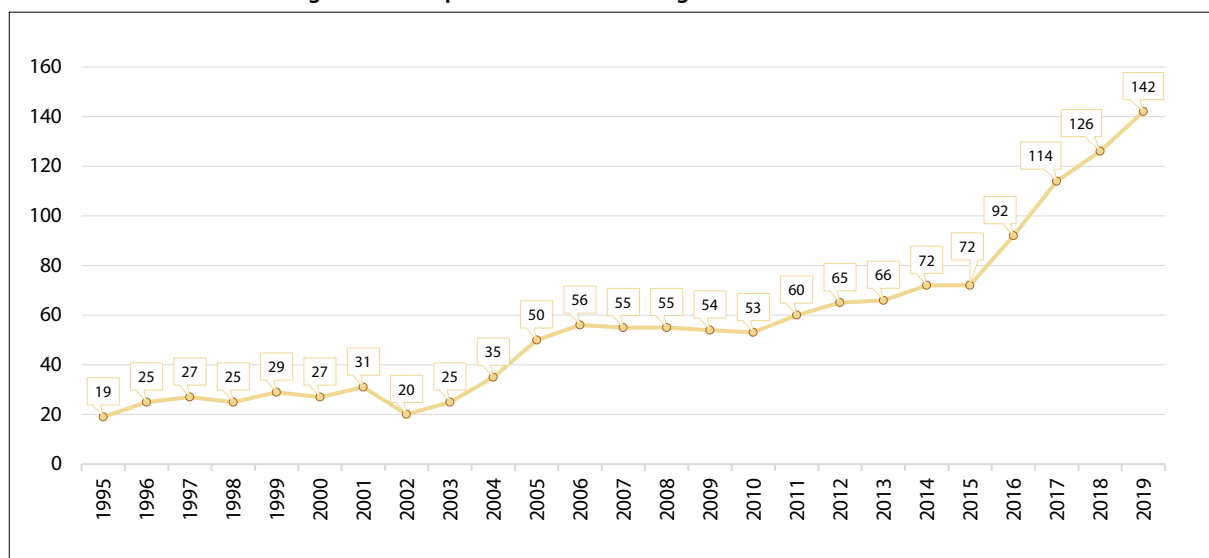
*Übersetzung aus dem Englischen: Armin Wolking*

### *Über die Autorin*

Aigoul Abdoubaetova leitet die Abteilung für Forschung und Lehre an der OSZE-Akademie in Bischkek. Abdoubaetova besitzt einen M.A.-Abschluss in Internationalen Studien von der University of Oregon, USA. Ihre Forschungsinteressen umfassen Bildung, Jugend, internationale Hilfe und Entwicklung.

## Daten zur Sekundarbildung in Kirgistan

**Grafik 1: Die Entwicklung der Anzahl privater Schulen in Kirgistan 1995–2019**



Quelle: Nationale Statistikkomitee der Republik Kirgistan, <http://www.stat.kg/ru/statistics/obrazovanie/>

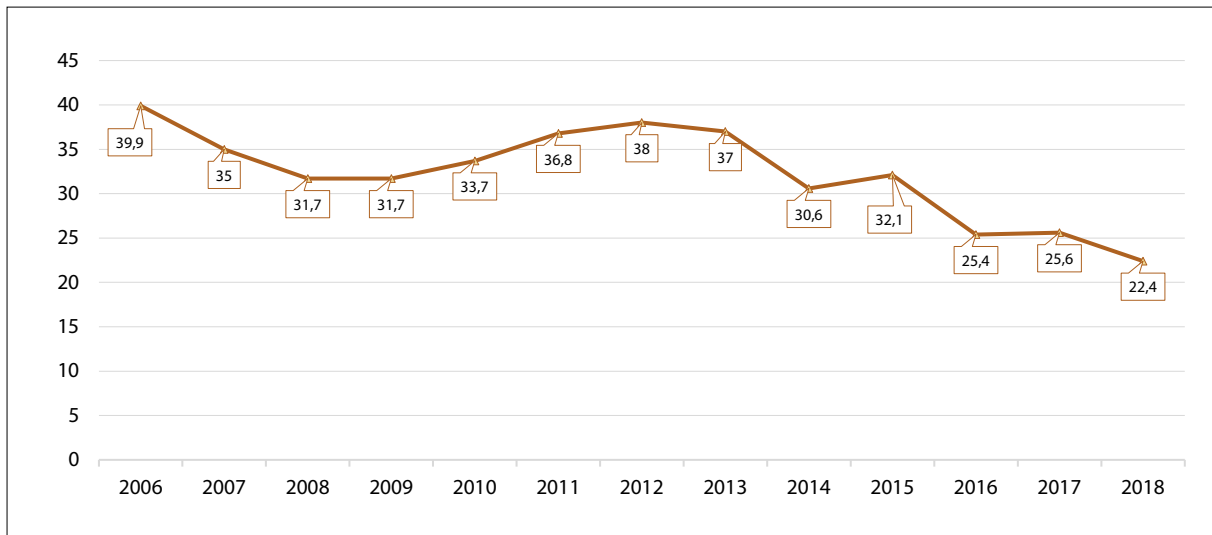
**Grafik 2: Die Landschaft der Sekundarbildung in Bischkek**

1. Internationale Top-Eliteprivatschulen:
  - a. Schulgebühren: 10.000 – 19.000 US-Dollar;
  - b. Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler »für den Export« an globale Top-Eliteuniversitäten; internationale Akkreditierung, alle Fächer werden auf Englisch unterrichtet
  - c. Internationales Lehrpersonal, exzellente Ausstattung, Sicherheitspersonal, kleine Klassengrößen, schüler- und schülerinnenfreundliche Atmosphäre
2. Hochpreisige Privatschulen:
  - a. Schulgebühren: 3.000 – 5.000 US-Dollar
  - b. Exzellente Möglichkeiten an Kirgistans Top-Universitäten zu studieren
  - c. Qualifizierte und angemessen bezahlte Lehrer, gute Ausstattung, Sicherheitspersonal, kleine Klassengrößen, schüler- und schülerinnenfreundliche Atmosphäre
3. Mittelpreisige Privatschulen:
  - a. Schulgebühren: < 3.000 US-Dollar
  - b. Finanzielle (nicht immer leistungsorientierte) Möglichkeiten der Zulassung an guten kirgisischen Universitäten
  - c. Ausgewähltes Lehrpersonal, hochwertige Ausstattung, Sicherheitspersonal, kleine Klassengrößen, schüler- und schülerinnenfreundliche Atmosphäre
4. Öffentliche Schulen mit hoher akademischer Performance:
  - a. Offiziell kostenlos; für Schulbedarf von Eltern gesammeltes Geld: umgerechnet 100 – 200 US-Dollar pro Jahr (durchschnittliche Schätzung)
  - b. Leistungsorientierte (nicht immer finanzielle) Möglichkeiten der Zulassung an guten kirgisischen Universitäten
  - c. Ausgewähltes Lehrpersonal, durchschnittliche Ausstattung, kein Sicherheitspersonal, große Klassengrößen, strenge Disziplin, selektive Zulassung
5. Öffentliche Schulen mit durchschnittlicher und niedriger akademischer Performance:
  - a. Offiziell kostenlos; für Schulbedarf von Eltern gesammeltes Geld: umgerechnet 50 – 80 US-Dollar pro Jahr (durchschnittliche Schätzung)
  - b. Begrenzte Möglichkeiten (sowohl leistungsorientiert als auch finanziell) der Zulassung an guten kirgisischen Universitäten
  - c. Unterbezahltes Lehrpersonal mit hohem Workload, durchschnittliche oder schlechte Ausstattung, kein Sicherheitspersonal, große Klassengrößen
6. Private Nachhilfezentren:
  - a. 2 – 4 US-Dollar pro Stunde oder 80 – 150 US-Dollar pro Monat für Gruppenstunden (3 bis 4 mal pro Woche)
  - b. Flexible Termine und Zahlungsarten, gezielte Themenwahl

Die Darstellung basiert auf den Forschungsergebnissen der Autorin Aigoul Abdoubaetova und stützt sich u. a. auf Interviews mit Eltern und Vertretern von Schulverwaltungen.

## Kennziffern zu Armut und Löhnen in Kirgistan

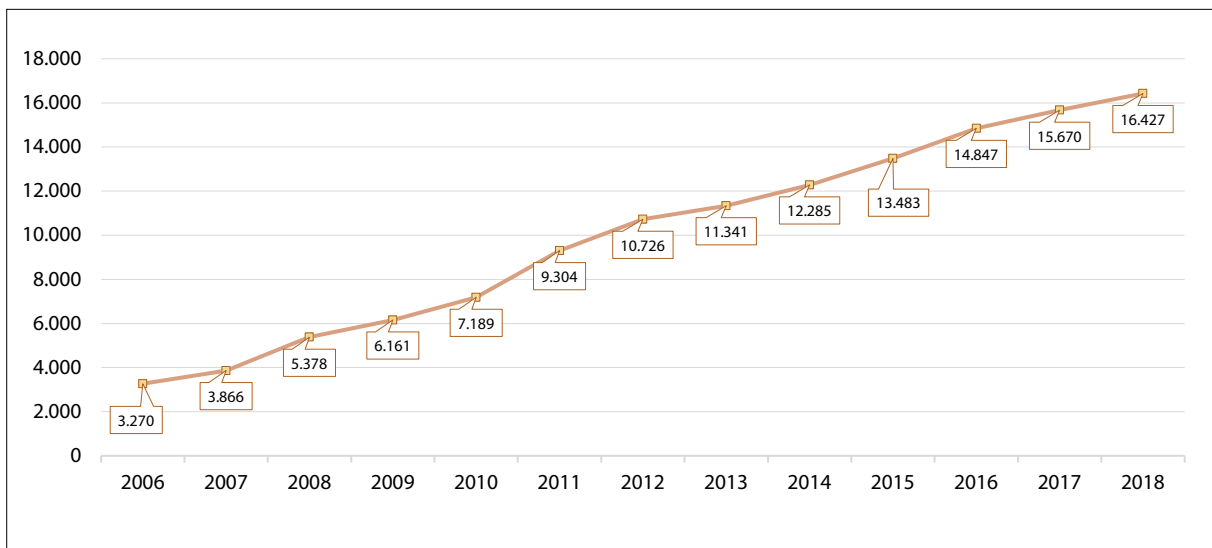
**Grafik 1: Armutsquote an nationaler Armutsgrenze Kirgistans 2006 – 2018 (in %)**



Anmerkung: Die Armutsquote ist der Prozentsatz der Bevölkerung, die unter der nationalen Armutsgrenze lebt. Die nationale Armutsgrenze wird auf Basis von bevölkerungsgewichteten Untergruppenschätzungen aus Haushaltsbefragungen geschätzt.

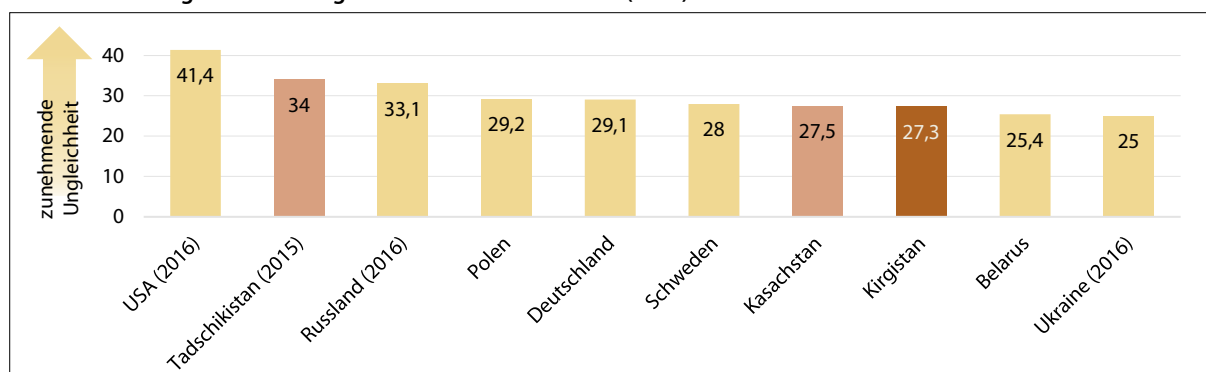
Quelle: Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC?locations=KG>

**Grafik 2: Entwicklung des monatlichen Durchschnittslohns von 2006 – 2018 in kirgisischer Som**



Quelle: Nationales Statistikkomitee der Republik Kirgistan, 27.9.2020, <http://www.stat.kg/ru/opendata/category/112/>



**Grafik 3: Kirgistan und Vergleichsländer im Gini-Index (2017)**

Anmerkung: Der Gini-Index, auch Gini-Koeffizient genannt, misst die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in einem Land. Je höher der Wert, desto größer die Ungleichheit. Bei einem Gini-Wert von 0 wäre das gesamte Vermögen gleich verteilt, während bei einem Wert von 100 sämtliches Vermögen im Besitz einer Person wäre. Der Gini-Koeffizient wird anhand der offiziellen Einkommensstatistik berechnet und ist für Länder mit einer großen Schattenwirtschaft, die statistisch nur schwer erfasst werden kann, daher nur begrenzt aussagekräftig.

Quelle: World Income Inequality Database, UNU-WIDER, Stand 6. Mai 2020, <https://www.wider.unu.edu/database/wiid>.

## ANALYSE

## Nahrungsmittelunsicherheit, Armut und autoritärer Zerfall in Turkmenistan

Luca Anceschi, Universität Glasgow

DOI: 10.31205/ZA.143.02

### Zusammenfassung

Die Pandemiebekämpfung undemokratischer Regime in ganz Asien offenbarte eine bislang wenig beachtete Problematik im Kern ihrer Strategien zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur. Der Versuch, ein Gleichgewicht zwischen der Gesundheit der Durchschnittsbürger und der Stabilitätssicherung des Regimes zu schaffen, wurde oft unter totaler Missachtung der Rechte und Freiheiten der lokalen Bevölkerung durchgeführt. In einigen extremen Fällen wurde die öffentliche Gesundheit systematisch den Machterhaltungsinteressen der regierenden Elite untergeordnet. Beobachtbar ist ein solches Szenario in Turkmenistan, wo die kategorische Weigerung des Regimes, die Pandemie anzuerkennen, zu einer offensichtlich rasant steigenden Infektionsrate im ganzen Land und einer beträchtlichen Anzahl an Toten in nahezu jeder Gemeinde geführt hat.

Dabei handelt es sich sicherlich nicht um die erste öffentliche Gesundheitskrise in Turkmenistan: Stattdessen gibt es ausreichend Belege, dass der Umgang hinsichtlich der Behandlung HIV-positiver Patienten bereits von einer ähnlichen Leugnungshaltung des Regimes in Aschgabat geprägt war. Währenddessen zeigen aktuelle internationale Berichte über die Situation in Turkmenistan, dass die Nahrungsmittelunsicherheit im Land in einem besorgniserregenden Maße steigt. Diese Entwicklung wird im Mittelpunkt dieses kurzen Artikels stehen. Es soll argumentiert werden, dass die Verschlechterung der Lebensmittelstandards und des Ernährungsniveaus in Turkmenistan ein zwangsläufiger Bestandteil des unaufhaltsamen Niedergangs ist, in dem der turkmenische Autoritarismus begriffen ist.

### Nahrungsmittelknappheit und sinkende Ernährungsstandards in Turkmenistan

Bereits vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie gab es Berichte über einen im ganzen Land herrschenden

Mangel an Lebensmitteln. Insbesondere im Sommer 2019 waren vor den staatlichen Geschäften in Aschgabat und verschiedenen Provinzstädten lange Schlangen zu beobachten. In der glühenden Hitze des turk-

menischen Sommers stellten die langen Wartezeiten vor den Lebensmittelgeschäften eine hohe Belastung dar. Internationale Medien, die über Turkmenistan berichten, wiesen darauf hin, dass Grundnahrungsmittel wie Eier, Mehl oder Brot in den Geschäften der vom turkmenischen Staat betriebenen Ladenkette oft nicht mehr verfügbar waren. Die Engpässe im Jahr 2019 weckten Erinnerungen an die tiefgreifende Krise im Jahr 2017, im Zuge derer das Regime ein Rationierungssystem einführte, um den Verkauf bestimmter Arten von Lebensmitteln wie Mehl, Brot, Zucker, Sonnenblumenöl, Reis und Eier zu regulieren. Zwischen diesen beiden Krisen wechselten sich gelegentliche Entspannungsphasen mit weiteren Beschränkungen des Lebensmittelhandels in den staatlichen Geschäften ab: Grundnahrungsmittel wurden zu dieser Zeit weiterhin rationiert, allerdings erlaubte die Regierung es gelegentlich, zu höheren Preisen unbegrenzte Mengen an Lebensmitteln zu erwerben.

In der Regel können die meisten der Produkte, die in den staatlichen Geschäften nicht mehr verfügbar sind, in privaten Geschäften oder auf einem der vielen Märkte des Landes erworben werden. Aber auch in diesen Fällen ist die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln stark eingeschränkt, hauptsächlich da sie für viele Menschen schlichtweg nicht erschwinglich sind. Vor dem Hintergrund einer lange anhaltenden Wirtschaftskrise und einer beispiellosen Arbeitslosenquote im Land (während die offizielle Arbeitslosenquote bei 4% liegt gehen unabhängige Schätzungen von 60% aus) ist es für die Mehrheit der Bürger Turkmenistans, insbesondere für diejenigen, die einer niedrigeren sozioökonomischen Schicht angehören, keine Option, außerhalb der staatlichen Geschäfte einzukaufen, da in den privaten Geschäften und auf dem Basar deutlich höhere Preise verlangt werden.

Darin offenbart sich deutlich die Zwangslage, in der sich Turkmenistans Lebensmittelversorgung befindet. Die Krise hat zwei miteinander zusammenhängende Gefahren für die Nahrungsmittelsicherheit hervorgebracht: zum einen die Knappheit an Lebensmitteln, zum anderen ihre mangelnde Bezahlbarkeit. Nach einem Bericht von Human Rights Watch zwingt der kontinuierliche Anstieg der Lebensmittelpreise turkmenische Durchschnittsfamilien dazu, zunehmend größere Anteile ihres monatlichen Lohns für Lebensmittel aufzuwenden. Es ist nicht mehr unüblich, von Menschen zu hören, die mehr als 70 Prozent ihres Monatslohns für Lebensmittel ausgeben. Die Tiefe und Komplexität dieser Krise zeigt sich darin, dass sich die Nährstoffversorgung der Bevölkerung zunehmend verschlechtert. Das hängt damit zusammen, dass turkmenische Bürger, die nicht zur Elite gehören, hinsichtlich ihrer Ernährung nur über eingeschränkte Wahlmöglichkeiten verfügen. Sie müssen sich in der Regel mit den günstigsten Optio-

nen, die letztlich nur einen geringen Nährwert besitzen, zufriedengeben.

Dieses alles in allem düstere Szenario steht in scharfem Kontrast zur Rhetorik der Regierung, was die Nahrungsmittelsicherheit angeht: die offizielle Propaganda behauptet weiterhin, dass Turkmenistan ein Land des Überflusses inmitten eines goldenen Zeitalters (*altyn asyr*) sei, dass nicht nur seine Bürger ernähren könne, ohne auf Importe angewiesen zu sein, sondern auch noch eine regionale Wirtschaftsmacht mit hohen landwirtschaftlichen Exporten darstelle. Es gibt absolut keine Belege dafür, dass dieses übermäßig rosige Bild, wie es das notorisch unzuverlässige Regime in Ashgabat zeichnet, der Realität entspricht. Wenn überhaupt, dann hat sich die Covid-19-Pandemie verstärkend auf die oben beschriebenen Unsicherheitsdynamiken ausgewirkt.

Als sich die Pandemie in Zentralasien ausbreitete, entschied die turkmenische Regierung, die Grenze zum Iran hermetisch abzuriegeln. Im Zuge dieser Entscheidung verschlechterte sich die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln weiter. Seitdem gehört es zum Alltag der turkmenischen Bürger, für Hühnerfleisch, Pflanzenöl, Eier und Zucker Schlange zu stehen. In drei Provinzen (Mary, Daschogus, Balkan) ist der Zugang zu den staatlichen Geschäften momentan der lokalen Bevölkerung vorbehalten, was einen Indikator dafür darstellt, dass die landwirtschaftliche Produktion und Versorgung des Landes immer noch mit erheblichen Problemen zu kämpfen hat. Turkmenistans Lebensmittelsituation weckt gegen Ende des Jahres 2020 in jeder Hinsicht Erinnerungen an die Situation der späten 1980er-Jahre, die durch den vertrauten Anblick von Sowjetbürgern geprägt waren, die bei ihren täglichen Lebensmitteleinkäufen Schlange stehen mussten.

Es ist jedoch sehr schwierig einzuschätzen, ob die anhaltende Nahrungsmittelsicherheit zu einem schwinden Rückhalt des Regimes in der Bevölkerung führen wird. In den Staatsmedien findet sich selbstverständlich keine Spur von den Protesten angesichts der Lebensmittelsituation im Land. Internationale Medien, die in Turkmenistan arbeiten, berichteten jedoch Anfang April 2020 – nachdem die Grenze zum Iran geschlossen wurde – von einer mittelgroßen Demonstration in der Region Mary. Sie wurde erst aufgelöst, als die Demonstranten, die sich über Engpässe in den lokalen staatlichen Geschäften beschwerten, von den Behörden vor Ort kostenlose Säcke Mehl bekamen. Dieses Vorgehen zeigt die Besorgnis der Regierung, dass sich die Unzufriedenheit über die schlechte Versorgungslage in Turkmenistan ausbreiten könnte.

Noch deutlicher zu erkennen ist jedoch, dass Präsident Gurbanguly M. Berdimuchammedow und seine Gefährten keinerlei politisches Interesse hegen, Reformen des zugrundeliegenden ökonomischen Modells

durchzuführen, das dafür verantwortlich ist, dass sich eine derartige Nahrungsmittelunsicherheit in Turkmenistan ausbreiten konnte. Im Folgenden soll versucht werden, dieses Modell zu beschreiben und untersucht werden, wie es sich auf die Strukturen der turkmenischen Lebensmittelproduktion auswirkt.

### **Nahrungsmittelunsicherheit unter den Bedingungen der Rentenökonomie**

Landwirtschaft spielt in den ökonomischen Planungen der turkmenischen Regierungen eine relativ untergeordnete Rolle. Das ökonomische System Turkmenistans ist in obsessiver Weise auf die Extraktion der großen Erdgasvorkommen des Landes, die Entwicklung der damit zusammenhängenden Industrie und den Export des Erdgases ausgerichtet. Mitte der 2010er-Jahre berichtete die Weltbank, dass der Energiesektor für etwa 35 Prozent des turkmenischen BIP, 90 Prozent der Exporte, und 80 Prozent der Steuereinnahmen verantwortlich war. In den letzten Jahren wurden seitens des Regimes in Ashgabat keine politischen Bemühungen unternommen, die Abhängigkeit Turkmenistans von der Erdgasindustrie zu verringern. Gegen Ende des Jahrzehnts, als die turkmenische Wirtschaft im Ganzen erheblich schrumpfte und besonders in denjenigen Sektoren starke Rückgänge verzeichnete, die nichts mit der Energiewirtschaft zu tun haben, blieb Erdgas weiterhin der zentrale Fokus der Regierung und, am allerwichtigsten, auch der Investoren. Als die Lebensmittelkrise sich verschlimmerte, wurde der rentenökonomische Charakter der turkmenischen Wirtschaft, wo möglich, weiter vertieft.

Es gibt zwei Hauptarten, wie sich die energiezentrierte Struktur der turkmenischen Produktion auf die Nahrungsmittelsicherheit der Bevölkerung auswirkt. Zum einen hat sie einen direkten, schädlichen Einfluss auf den Landwirtschaftssektor, da die Logik der Rentenökonomie dazu führt, dass weder dringend benötigte Kapitalinvestitionen noch Gelder für Forschung und Entwicklung in die Landwirtschaft fließen. Wie oben bereits dargelegt wurde, gibt es schlichtweg keine verlässlichen, statistischen Belege für die Behauptung der Regierung, dass sie mit ihrer Strategie, Turkmenistan von Importen landwirtschaftlicher Produkte und Lebensmittel unabhängig zu machen, erfolgreich gewesen wäre. Die Regierung behauptet, dass bereits in den späten 1990er-Jahren eine autarke Lebensmittelversorgung erreicht worden wäre, was einer außergewöhnlichen politischen Trendumkehr gleichkäme, war doch Turkmenistan über den langen Zeitraum der Sowjetunion hinweg durchgehend ein Nettoimporteur von Lebensmitteln. Tatsächlich scheint es vernünftige Gründe zu geben, anzunehmen, dass die inländische Landwirtschaft nicht mehr als 40 Prozent des aktuellen Lebensmittelbedarfs des Landes decken kann. Die

große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Importe wird nach einem im September 2020 veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch in der Islamischen Republik Iran produziert. Daran wird deutlich, wie massiv Turkmenistan seine Handelsbeziehungen, zumindest im landwirtschaftlichen Bereich, umgestellt hat: zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit stammten 86 Prozent aller von der Turkmenischen SSR importierten Güter aus anderen Sowjetrepubliken.

Die zweite Gruppe von strukturellen ökonomischen Faktoren, die im Zentrum des aktuellen Nahrungsmittelnotstandes in Turkmenistan stehen, haben mit der Krise zu tun, die das Land seit Mitte der 2010er-Jahre aufgrund schwindender Staatseinnahmen erlebt. Diese Krise wirkt sich direkt auf die Kaufkraft der turkmenischen Bürger aus. Schwankungen der Einnahmen aus dem Erdgasexport sind in ihren Auswirkungen auf die Kaufkraft für alle Bürger spürbar, ob sie in Turkmenistans einst blühendem öffentlichen Sektor arbeiten oder prekäreren, privatwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen. Regelmäßig werden Bargeldabhebungen, und damit die Menge des im Land zirkulierenden Bargelds, begrenzt. Solche pauschal verhängten Begrenzungen erschweren selbst wohlhabenderen Bürgern, die normalerweise in privaten Geschäften oder auf dem Basar einkaufen würden, den Zugang zu Lebensmitteln. Das legt nahe, dass sich bereits in den bessergestellten sozioökonomischen Schichten Turkmenistans Tendenzen zu Nahrungsmittelknappheit finden lassen, womit der sonst kausale Zusammenhang von Armut und Nahrungsmittelunsicherheit gewissermaßen aufgehoben ist.

Gleichzeitig hat die Staatseinnahmenkrise dazu geführt, dass das von Saparmurat Niyazow, Turkmenistans erstem Präsidenten nach der Unabhängigkeit, eingeführte Subventionssystem nahezu komplett abgeschafft wurde. Hierbei ist eine Entwicklung erkennbar, welche für den hier untersuchten Kontext von Bedeutung ist. Innerhalb dieses Systems wurden Grundnahrungsmittel wie Salz, Mehl oder Reis von staatlicher Seite massiv subventioniert, wodurch es durchschnittlichen Bürgern ermöglicht wurde, trotz ihres in der Regel dürftigen Lohns über die Runden zu kommen. Die Abschaffung dieses Subventionssystems und der oben beschriebene sprunghafte Anstieg der Lebensmittelpreise sind die zwei hauptsächlichen Ursachen für die in besorgniserregendem Maße ansteigende Belastung, die der Einkauf von Lebensmitteln für das monatliche Budget, und damit für den Lebensstandard durchschnittlicher turkmenischer Bürger, welche nicht zur Elite des Landes gehören, darstellt.

### **Konklusion: Nahrungsmittelunsicherheit und autoritärer Verfall**

Das beharrliche Festhalten an einem rentenökonomischen Ansatz prägt nicht nur das Wirtschaftsleben im

postsowjetischen Turkmenistan, es ist auch zu einem wesentlichen Bestandteil der Machterhaltungsstrategien von Berdymuchammedow und seinen Verbündeten geworden. Die ungehinderte Verfügungsgewalt der Eliten über die maßgeblichen Einnahmequellen trägt in ihrer Entwicklung nach wie vor im Wesentlichen kleptokratische Züge: die mangelnde Transparenz des staatlichen Haushalts und das bewusste Versagen, minimale Mechanismen der Kontrolle – einschließlich selbst rudimentärster Staatsfonds – einzuführen, zeigen, dass das Management der Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft seitens des turkmenischen Regimes von einer umfassenden Agenda staatlicher Korruption bestimmt wird.

Der kontinuierliche Rückgang der Staatseinnahmen hat verheerende Auswirkungen auf die Möglichkeiten durchschnittlicher Bürger, sich regelmäßig mit bezahlbaren und nahrhaften Lebensmitteln zu versorgen. Trotz seiner reichen Erdgasvorkommen leidet Turkmenistan nun unter einer weitverbreiteten Lebensmittelknappheit. Dies ist ein weiterer deutlicher Indikator für das

umfassende Scheitern des Regimes, das Land effektiv zu regieren. Da es aktuell keine Planungen gibt, die wirtschaftliche Struktur Turkmenistans zu diversifizieren, und die Versuche des Regimes, neue Abnehmer für ihr Erdgas zu finden, bisher keine Erfolge zeigen, wird sich die aktuelle Einnahmenkrise wohl weiter in die Länge ziehen. Es wurden keine strukturellen Maßnahmen ergriffen, um die momentane Lebensmittelkrise zu bekämpfen. Auch in der Ernährungspolitik wird die Bevölkerung Turkmenistans von Berdymuchammedows Regime ihrem Schicksal überlassen. Die Lebensmittelknappheit ist zu einem weiteren Verfallssymptom des turkmenischen Autoritarismus geworden, einem korrupten Regime, das nicht nur systematisch die sozialen und politischen Rechte seiner Bürger verletzt, sondern zudem unfähig ist, eine basale öffentliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Die Belastbarkeit der turkmenischen Bürger wird damit erneut auf die Probe gestellt.

*Übersetzung aus dem Englischen: Armin Wolking*

#### *Über den Autor*

Dr. Luca Anceschi unterrichtet im Studiengang Central Asian Studies (Central & East European Studies) an der Universität Glasgow, wo er außerdem Mitherausgeber der wissenschaftlichen Zeitschrift Europe-Asia Studies ist.

#### DOKUMENTATION

## Turkmenistan: Denial, Inaction Worsen Food Crisis (Human Rights Watch, 23.09.2020)

### Pandemic Compounds People's Struggle for Affordable Food

(New York)—Government inaction in response to the economic fallout of the Covid-19 pandemic has drastically exacerbated Turkmenistan's pre-existing food crisis, Human Rights Watch and the Turkmenistan Initiative for Human Rights (TIHR) said today. Shortages of subsidized food, accelerating since 2016, have worsened, with people waiting hours in line to try to buy more affordable food products, often being turned away empty-handed.

Turkmenistan's government denies the existence of poverty in the country and has failed to provide relief to economically vulnerable groups, even as unemployment has skyrocketed during the pandemic. In the absence of any strategy to provide economic or social assistance, constraints on people's access to affordable food mean that the government is failing to meet its international obligations to ensure an adequate standard of living and the right to food.

"Turkmenistan's government has prioritized the country's image over people's well-being," said Rachel Denber, deputy Europe and Central Asia director at Human Rights Watch. "With no effort to identify and assist the people most in need at this critical moment, Turkmenistan is callously neglecting the most basic norms of human rights, which include the right to food."

The Turkmen government should take immediate measures to make sure that people can get adequate food, Human Rights Watch and TIHR said. The government should also commission an independent, nationwide household survey to assess poverty and food security, make the data public, and use the information to ensure effective, affordable access to adequate, nutritious food for all members of society.

The country's only universal assistance program provides government-subsidized food in so-called state shops. Anyone in Turkmenistan can buy food at state shops, an affordable alternative to privately owned shops selling food at market prices. But supplies began to falter in 2015–2016, after the global decline in hydrocarbon prices started to hit Turkmenistan's state budget.

The Turkmen government, one of the world's most repressive and secretive, strictly controls citizens' movements and communications, censors the media, and severely punishes critics. Although media inside the country do not report on the shortages, TIHR and other émigré-based sources, including the Amsterdam-based Turkmen News and the United States government-funded Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL)'s Turkmen service (Azatlyk Radiosi) have covered them widely.

Human Rights Watch spoke with Turkmen citizens living abroad who had recently visited the country, and TIHR has spoken with numerous people inside the country about the situation. Their accounts were consistent with numerous reports in émigré outlets.

"Compared to a year ago, our family eats less," a Turkmen father of eight told TIHR in July 2020. "That's because we have less money, and [food] prices have gone up. We've had problems getting food due to the lines and the shortages."

In November 2019, a student told Human Rights Watch that his family was spending 70 to 80 percent of their income on food, and a pensioner said her family was spending almost all their income on food. People interviewed said they spend several hours a day waiting in lines for subsidized food, and that the lines and unpredictability of food supply caused great stress.

Turkmenistan's domestic food production only meets around 40 percent of national demand, the rest is imported. About 80 percent of imports come from Iran. Declining hydrocarbon income since 2014 and several poor harvests have constrained Turkmenistan's food supplies. In early 2020, the supply of subsidized food began to falter to an even greater degree, in part due to the border closure with Iran.

At the same time, the global economic downturn threw many Turkmen out of work and slashed the foreign remittance incomes upon which many Turkmen families survived, and Covid-19 travel restrictions prevented people from traveling abroad for work. Meanwhile, prices in free market shops and bazaars skyrocketed. As a result, people in Turkmenistan faced even more uncertain, demeaning, and sometimes insurmountable obstacles to obtaining adequate food, Human Rights Watch and TIHR found.

The authorities strive to paint a rosy picture of living standards, claiming that the country is living in an "era of greatness and happiness" and frequently showing fully stocked, orderly shops in state media. Police break up lines outside shops and force shoppers to wait by back doors, away from the street, where they would be visible. At the same time, the government indirectly recognized the food crisis, creating a commission in late March to support local producers and keep prices stable though price controls. But prices continued to rise through the summer.

The government has made no effort to provide direct assistance to, or even identify, low-income or otherwise disadvantaged segments of the population suffering the most from dwindling access to subsidized food and rising prices. On August 19, Human Rights Watch and TIHR sent a letter to the Turkmen government requesting information about its poverty estimates and policies for poverty alleviation and food security. They have not yet received a reply. State food price subsidies, ostensibly provided to all citizens equally, have failed to increase the availability of food for economically vulnerable groups. Anecdotal reports suggest that access is at times influenced by personal connections, including buying in bulk for later resale. Some state stores, without warning, limit the hours during which ration book holders may make purchases, or insist that customers buy more expensive items as a condition for buying subsidized food. This further hinders access to basic foodstuffs for poorer Turkmen. Single pensioners and others without family support, unable to wait in long lines, may be particularly affected.

The government should consider other ways to protect people from food insecurity, TIHR and Human Rights Watch said. These include food voucher programs that allow people to purchase goods at private shops or the bazaar, or cash transfer programs to people with incomes below the minimum subsistence level for an adequate standard of living. The government should also reassess the contribution which currency controls—limiting the ability to buy or sell foreign currency—have on the rising prices of imported foods and Turkmen's capacity to purchase food, and make appropriate changes to help ensure availability of and access to affordable food.

"Rather than create policies to protect its citizens in this time of crisis, the government's actions have further imperiled people's ability to access food," said Farid Tubatullin, director of TIHR. "Turkmenistan should immediately take stock of low-income individuals and their needs, and urgently expand food assistance."

## Methodology

The Turkmen government tightly controls all aspects of public life and systematically denies freedoms of association, expression, and religion. The country is completely closed to all independent scrutiny, and the government does not tolerate independent civic activism. The few people who do human rights work do so under the radar and at great personal risk.

TIHR gathered information about food security through anonymous interviews its activists conducted inside the country. It drew on these interviews for its public reporting on this issue in the news website, *Chronicles of Turk-*



menistan. Human Rights Watch interviewed five Turkmen who were outside the country, reviewed data published by the Turkmen government, various United Nations agencies, the Asian Development Bank, and the World Bank, and reviewed émigré publications that do regular, reliable reporting on developments in Turkmenistan. Full names of those interviewed were withheld for their security.

### State-Subsidized Food

People in Turkmenistan, if they can afford it, purchase food at free market prices from private shops and bazaars where food supplies had been mostly stable before the pandemic. Those who cannot afford it turn to a network of Trade Ministry-run stores which offer certain basic, low-quality commodity foods, generally flour, bread, cottonseed and sunflower seed cooking oil, sugar, eggs, and frozen chicken, at highly subsidized prices. For example, a one-liter bottle of vegetable oil costs twice as much at the bazaar as at the state-subsidized price, and a kilogram of flour costs nearly seven times as much. Access to government stores is based on place of residence, and anyone with a residence permit for that area may shop there.

Faced with sudden supply constraints due to strict external border closures in response to the pandemic, privately owned shops dramatically hiked their market prices in March. In the past 12 months, the market price of flour rose by 50 percent and cooking oil by 130 percent. The border closures also resulted in some imported products, such as potatoes from neighboring Iran, disappearing entirely. Turkmenistan has denied having any cases of Covid-19, despite mounting evidence to the contrary.

Business disruptions and job losses suddenly cut incomes for many, boosting the number of people needing subsidized food. The price of subsidized food in state shops remained relatively stable, but the supply dropped. State shops have struggled for years with decreasing food supplies, which have dwindled even further during the pandemic. Lines have grown longer, with fights and, in some cases, protests, sometimes breaking out. In an unprecedented public show of unrest in April, TIHR reported, dozens of women protested the lack of food in the southern province of Mary.

### Waiting in Line

Aya, 60, a migrant worker outside of Turkmenistan, told Human Rights Watch in November 2019: “I should be retired already, taking care of my grandchildren. But I’m still here. Because there is no money [in Turkmenistan]! Almost all of our money goes to food. I send home US\$100 per month, but it’s not enough. Two or three years ago, it was enough.” She and her husband’s pensions just cover the household utility bills.

Standing in line is often onerous. “Our mother is the one who waits in lines at the state stores,” said Sapar, a father of 8. “She gets up every day between 4 and 6 a.m. and goes to stand in line ... someone else may come to relieve her closer to the time the store opens. Lines may be 3 to 4 hours long until it’s your turn.”

“The most important are the lines for bread. Bread is very expensive at the bazaar: 4–5 manat [approximately \$1.14], and it’s 2 manat in the state store,” Aya said. “My husband is 62. He waits in the lines for bread, waits 1 or 2 hours.”

A Turkmen student studying abroad said: “Most people are waiting [in lines] starting at 3 a.m.; the stores open at 7... Most are living in poor conditions and so they have no alternatives.”

This student’s combined family income allowed them, at the end of 2019, to buy food at bazaars and private shops; he estimated that his family spent 70 to 80 percent of the household budget on food. Data that the government provided in a report to the UN stated that average monthly individual wage in 2018 was 1,570 manat. But a retired diplomat who served in Turkmenistan and closely followed the country’s food situation said that he estimated that before 2019, 85 percent of the population survived on \$2,000 annually per person, 7,000 manat at the official rate, or about 600 manat a month.

The student’s neighbors are among those with much more limited means, with funds sufficient only for subsidized food in state stores:

“Do shops run out? It happens very often [that] three to four hours after opening there is nothing left. The stores sell out quickly. My neighbor is in that situation [remaining empty-handed] when the stores run out of food.”

Sapar said:

“Nearly every other time we go to the store it happens that our turn comes and we can’t buy what we had intended because it’s run out. This is because there are only small quantities sold in the state stores and they are finished after an hour or two. There’s not enough, even for people who lined up early in the morning. If [the items] haven’t run out, then you can buy something, but if [they’ve run out], then you go home empty-handed. If you have money, then you can get them at the market price. The bazaar and the private shops always have the same items, but they are two to three times more expensive.”

TIHR, together with media outlets Turkmen News and Azadlyk Radiosi, have monitored food availability in Turkmenistan’s regions in recent years. They report that staple foods periodically have not been available in state stores in

various regions since 2016. Eggs and frozen chicken are frequently not available. In mid-2020, sources reported that chicken is available only at private shops. Other goods such as cooking oil, bread, and flour have also been unavailable for periods in various regions.

### Food Rationing Not a Guarantee of Food Security

In June, four of the country's five provinces imposed limits on how much each person could buy, enforced by ration books issued by local officials based on residency permits. Though the capital, Ashgabat, and the surrounding Ahal Province have not yet introduced formal rationing, other measures limit amounts per customer. On March 28, state stores temporarily placed a monetary ceiling on purchases, ranging from 40 to 80 manat (\$11.40 to \$22.80 at the official exchange rate) and required all transactions to be with state bank cards. Both requirements were lifted in Ashgabat by late summer. In June, four of the country's five provinces imposed limits on how much each person could buy, enforced by ration books issued by local officials based on residency permits. Though the capital, Ashgabat, and the surrounding Ahal Province have not yet introduced formal rationing, other measures limit amounts per customer. On March 28, state stores temporarily placed a monetary ceiling on purchases, ranging from 40 to 80 manat (\$11.40 to \$22.80 at the official exchange rate) and required all transactions to be with state bank cards. Both requirements were lifted in Ashgabat by late summer.

In June, four of the country's five provinces imposed limits on how much each person could buy, enforced by ration books issued by local officials based on residency permits. Though the capital, Ashgabat, and the surrounding Ahal Province have not yet introduced formal rationing, other measures limit amounts per customer. On March 28, state stores temporarily placed a monetary ceiling on purchases, ranging from 40 to 80 manat (\$11.40 to \$22.80 at the official exchange rate) and required all transactions to be with state bank cards. Both requirements were lifted in Ashgabat by late summer.

Even with rationing, people reported being unable to obtain allotted amounts of staple foods. Under previous rationing schemes, rationed quantities, even when accessible, are often not enough to feed a family and far from nutritionally adequate. In some areas, the flour ration was cut from five to three kilos per month, and there are reports in some areas that it was one kilogram per month—when it was available at all.

A woman Human Rights Watch interviewed last November said that the only subsidized food items available in her family's rural town were bread, cottonseed oil, and salt. Sources in the capital have noted increasing numbers of people begging for money or food in the streets, as well as greater numbers of individuals and families with children combing through dumpsters for scraps and recyclables.

Even when subsidized food is available, state stores sometimes arbitrarily restrict purchases. In one province, people have reported that shop workers randomly and without warning limit store hours. In some cases, if residents do not manage to purchase their monthly allotment before the end of the month, they were no longer eligible for that month's allotment. In Ashgabat, observers have recently reported shoppers being forced to buy unwanted goods that they may not be able to afford, such as expensive rice or bottled water, at elevated prices to be allowed purchase staples such as cooking oil at the subsidized price. Local authorities have imposed various burdensome paperwork requirements to obtain subsidized goods, including additional certificates from local housing committees on the number of persons living in a household. An investigation in Balkanabad province found that shop employees routinely cheat customers by dispensing smaller volumes of dry staple goods than set out in regulations. Turkmen News said that the authorities have reacted to complaints by dismissing some store workers and increasing rations.

### Government Denial, Inadequate Data, and Failure to Address Poverty and Food Needs

The corruption watchdog Global Witness, Radio Liberty, and Turkmen News have all reported on the secrecy surrounding Turkmenistan's economy, on large-scale corruption, and on billions in unaccountable funds allegedly stashed abroad. The government has spent lavishly on vanity construction projects and international sporting competitions in recent years.

Turkmenistan covers up the existence of poverty within its borders. It is unclear whether the government has established a national subsistence level. The government declines to release figures on either the number of people living below a national subsistence level, if it exists, or the international standard of \$1.90 per day. In 2018, the UN Economic and Social Commission for Asia and the Pacific estimated that 21.8 percent of Turkmenistan's population live below the national poverty line, although the report did not provide the poverty line figure or its source.

A 2017–2019 World Bank project provided technical assistance to Turkmenistan on measuring social welfare. The government refused to share any of the data generated by the pilot study with the bank. The bank concluded that it could not assess whether the project furthered the goal of reducing poverty, and that without greater openness and transparency, Turkmenistan would not be able to develop data-driven responses to poverty.

Although the Turkmen government has no discernable anti-poverty program, according to its 2019 submission to the UN in connection with the Sustainable Development Goals, the state provides “social transfers and assistance to incapacitated persons, elderly persons living alone, people with disabilities, families with children and other persons through provision of monetary payments” and various services. Human Rights Watch and TIHR are not in a position to assess the adequacy of these services or the degree to which they impact food security.

International financial institutions have, since 2012, classified Turkmenistan as an upper-middle income country, based on data provided by the government. A diplomat and a staff member with a multilateral agency told Human Rights Watch that government economic data was notoriously unreliable, a view shared by an economist who specializes in the Central Eurasia region. The United Kingdom Department for International Trade has also stated that “no reliable economic data are published in Turkmenistan” and that figures it releases to international financial institutions “do not always square with observations on the ground.”

According to the 2019 UN Development Programme Human Development Report, calculated on the basis of government-supplied statistics, only 0.4 percent of Turkmenistan’s population lives in multidimensional poverty, which incorporates 10 indicators in the categories of health, education, and standard of living. Turkmenistan’s 2019 voluntary review of the UN Sustainable Development Goals does not provide chapters on the goals of eliminating poverty and hunger. The chapter on reducing inequality states that state social transfers accounted for 12.7 percent of the income of the country’s “most disadvantaged households,” including people with disabilities, older people living alone, etc.

Nonetheless, some statistical evidence of malnourishment exists. The Asian Development Bank, using UN statistics, reports that 11.5 percent of Turkmenistan’s children under age 5 suffered from stunting as of 2015.

Turkmenistan also failed to report the number of food-insecure citizens to the UN Food and Agriculture Organization (FAO) for a 2019 report. The number suffering undernourishment in 2016–2018 is listed in the report as 300,000, or 5.4 percent of the population. However, the FAO report does note that in 2015–2017, the last years that data were gathered for the report, Turkmenistan was among the commodity-dependent countries facing economic factors that can indicate the prevalence of undernourishment is increasing: high food prices, growing unemployment, and loss of income.

According to World Bank data, unemployment has been officially pegged for a decade at four percent or just under, although independent media have cited estimates as high as 60 percent in 2020. Reflecting official Turkmenistan government statistics, the UN World Food Programme’s 2018 Hunger Map puts Turkmenistan in the “Moderately Low” category for presence of hunger, from 5 to 14.9 percent, equal to its neighbors Uzbekistan and Kyrgyzstan.

Population movement, however, strongly belies the official government picture. Radio Azatlyk, citing unnamed government sources, reported that emigration has led to a decline in Turkmenistan’s population by almost 1.9 million people, or about 30 percent, between 2008 and 2018, whereas official figures still insist that the population is 5.8 million. In addition to permanent emigration, thousands of Turkmen citizens, from 11 to 16 percent of the current working-age population by some estimates, have migrated for temporary jobs abroad, most of them to Turkey. The Turkish migration service has registered 25,000, but many times that are said to be living and working undocumented.

### External Pressures, State Policies Increase Vulnerability

Natural gas provides the main source of revenue in Turkmenistan’s economy. In 2014, before the dramatic drop in the price of natural gas, according to one study, Turkmenistan depended on “revenue from the gas sector for 35 percent of GDP, 90 percent of total exports, and 80 percent of fiscal revenues.” According to Luca Anceschi, Senior Lecturer in Central Asian Studies at the University of Glasgow, “in the last four to five years, the non-gas sector of the economy shrank faster than Turkmenistan’s natural gas, with devastating impacts on the economy at large.”

Turkmenistan’s food crisis began to accelerate in 2015–2016, set off by the 2014 drop in natural gas prices, Russia’s sudden suspension of gas purchases, and a price dispute with Iran, another major purchaser. With its earnings cut, the government responded by limiting food imports. It also restricted open conversions of the manat, forcing traders to buy hard currency on the black market at a rate five times the official rate.

After a series of poor domestic harvests, the government purchased grain from neighboring Kazakhstan, but consumer prices for flour still rose unsustainably for many. According to Agriculture and Water Ministry data that TIHR was able to unofficially obtain, the 2018 grain harvest totaled less than one-third the officially claimed figure of 1.6 million tons, with 30 percent unfit for consumption. To supplement export revenues, the government also began to cut acreage planted under wheat in favor of sowing more cotton, further curtailing the potential domestic food supply.

The government claimed to be pursuing a policy of strict import substitution to curb expenditures and achieve food self-sufficiency, but has not yet seen hoped-for results in increased domestic production. The Economist Intelligence Unit reported a 37 percent overall drop in imports in 2018, and a similar drop the following year. With imports

intentionally cut and domestic production lagging, supplies of food in state subsidized shops grew spotty. RFE/RL reported severe shortages of bread and flour beginning December 2017 in rural areas, recurring in 2018–2019, and eventually extending to the capital. These steady shortfalls have gradually worsened before reaching a crisis point in spring 2020 with the imposition of formal rationing.

As supplies of subsidized food shrank and market prices rose, other measures further exacerbated people's economic desperation, and, potentially, their ability to buy enough food to feed their families. In 2019, the government ended subsidies for utility payments, except for people with serious disabilities, adding fees for electricity, gas, and water to already straining household budgets. The World Bank acknowledged that this step would, without mitigation measures, hurt the "household welfare ... of the poor or bottom 40 percent of the population."

New currency controls further weakened purchasing power. Many Turkmen depend on remittance payments from relatives abroad. But to preserve hard currency, in 2018, the government mandated that cash transfer companies not pay out those remittances in dollars or euros, but in the state currency, manats, calculated at the official exchange rate of 3.5 per USD. With hard currency in hand, citizens could purchase manat at a far higher black market rate, which hovered, in 2019, around 18.5, and in mid-July 2020, at 24. Thus, the value of support from abroad was drastically cut. The International Organization for Migration estimated in 2014 that Turkmen migrant laborers sent \$30 million to the country, but by 2016, the International Monetary Fund estimated a decline to about \$16 million, and to \$1 million in 2019.

The remittance payments themselves are evaporating due to the Covid-19 economic downturn across the globe. The World Bank projected that Central Asia would be particularly hard hit by a decline in remittances, projected to reach 27.5 percent in the region. The Asian Development Bank concluded that "remittance-dependent households in developing countries will likely be hit hard and their capacity to secure affordable food and basic nutrition compromised."

Currency limitations extend to manat as well, as Ashgabat residents currently report finding it increasingly difficult to withdraw cash from their own accounts at bank machines, with lines forming early in the morning. Without cash, even those with means cannot make purchases at private shops and markets that do not accept bank card payments. Starting on September 8, in at least one region, one bank introduced vouchers for obtaining cash from cash machines.

In an August 19 letter, Human Rights Watch and TIHR asked the government for information on whether the authorities considered the impact import substitution, currency controls, and the like would have on food security for people living on lower incomes, and whether the authorities made any efforts to mitigate the impact of these measures. The government has not yet responded.

## The Right to Food and Turkmenistan's International Obligations

The right to food is recognized in international human rights law, on its own, and as a component of the right to an adequate standard of living. Art. 11 of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR), to which Turkmenistan has been a party since 1997, explicitly requires the government to ensure that everyone is "free from hunger." However, the minimum core obligation to ensure an adequate standard of living also requires governments to ensure access to nutritionally adequate and safe food.

The UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights has described the realization of the right to food as a state in which "every man, woman and child, alone or in community with others, has physical or economic access at all times to adequate food or the means for its procurement." This means that the government should facilitate people's ability to get food with dignity and provide food through assistance programs or a safety net, if people are unable to get food without such support. In times of crisis, the government needs to take all available measures to maintain access to sufficient food and take into account the situation of impoverished or otherwise disadvantaged groups.

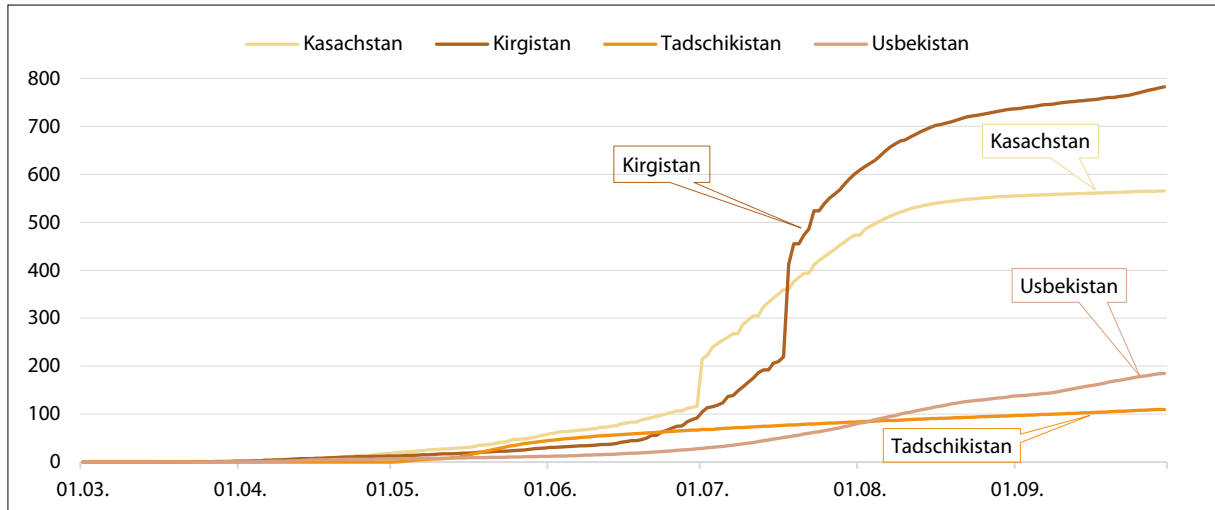
Turkmenistan also has obligations to respect the right to food, as a party to the UN Convention on the Rights of the Child since September 1993, the UN Convention on the Elimination of all forms of Discrimination against Women, since May 1997, and the Convention on the Rights of Persons with Disabilities, since September 2008. Turkmenistan's constitution in art. 25 ostensibly protects citizens' and residents' rights "in accordance with the universally recognized norms of international law."

*Quelle: Human Rights Watch [2020]. Turkmenistan: Denial, Inaction Worsen Food Crisis. Available at: <https://www.hrw.org/news/2020/09/23/turkmenistan-denial-inaction-worsen-food-crisis>; aufgerufen am 28.09.2020.*

STATISTIK

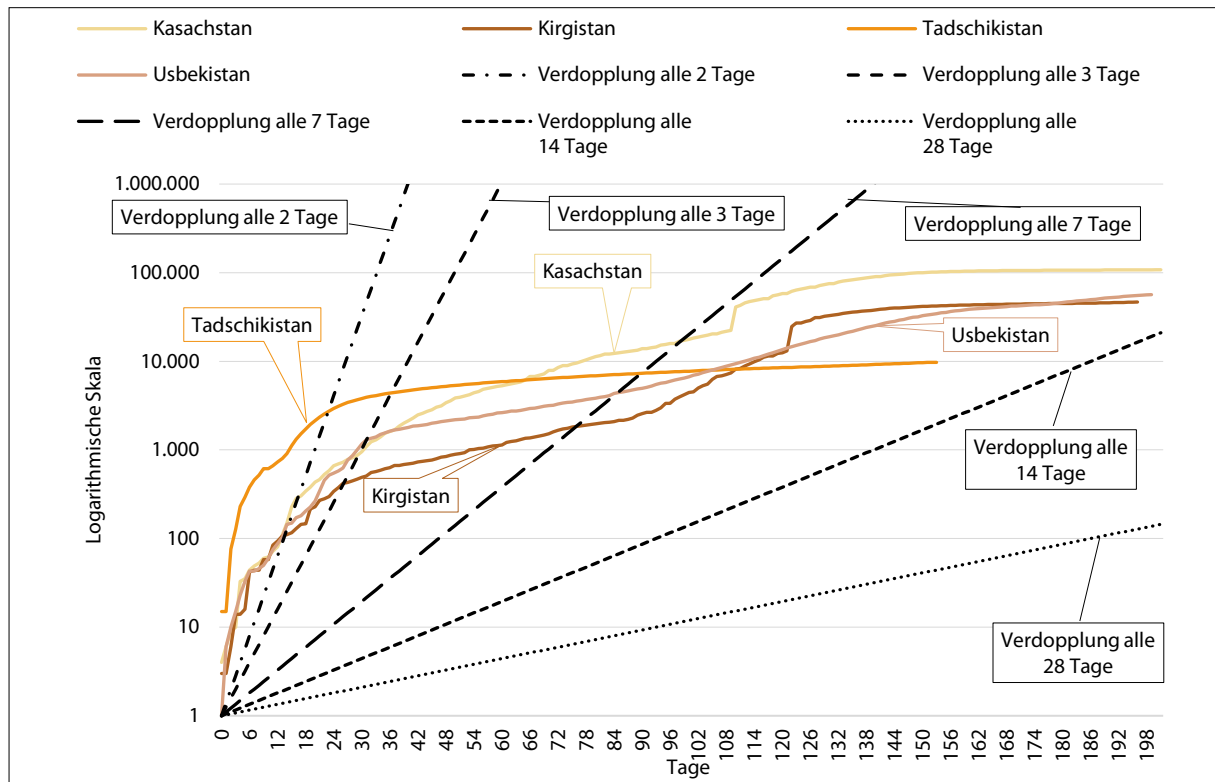
# Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien

**Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 30. September 2020)**



Bis zum 30.09.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor. Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.  
 Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 30.09.2020, 09:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv); Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

**Grafik 2: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Fälle**



Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.  
 Bis zum 30.09.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor. Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.  
 Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand: 30.09.2020, 09:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv); Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>



Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (15. Juli – 30. September 2020)

Datum	Kasachstan	Kirgistan	Tadschi- kistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan	Kirgistan	Tadschi- kistan	Usbekistan
15.07.	65.188	12.282	6.695	14.581	23.08.	104.718	43.023	8.311	38.946
16.07.	66.895	12.498	6.741	15.066	24.08.	104.902	43.126	8.346	39.348
17.07.	68.703	13.101	6.786	15.607	25.08.	105.075	43.245	8.379	39.641
18.07.	68.703	24.606	6.834	16.186	26.08.	105.243	43.358	8.413	39.964
19.07.	71.838	27.143	6.878	16.752	27.08.	105.408	43.459	8.449	40.447
20.07.	73.468	27.143	6.921	17.149	28.08.	105.558	43.587	8.481	40.720
21.07.	75.153	28.251	6.967	17.881	29.08.	105.684	43.712	8.516	41.067
22.07.	75.153	28.980	7.015	18.379	30.08.	105.795	43.820	8.516	41.424
23.07.	78.486	31.247	7.060	18.986	31.08.	105.872	43.898	8.583	41.893
24.07.	80.226	31.247	7.104	19.360	01.09.	105.944	43.958	8.619	42.127
25.07.	81.720	32.124	7.150	19.952	02.09.	106.032	44.036	8.654	42.437
26.07.	83.122	32.813	7.192	20.531	03.09.	106.121	44.135	8.690	42.688
27.07.	84.648	33.296	7.235	21.209	04.09.	106.225	44.199	8.724	42.998
28.07.	86.192	33.844	7.276	21.699	05.09.	106.301	44.293	8.757	43.293
29.07.	87.664	34.592	7.320	22.585	06.09.	106.361	44.403	8.792	43.587
30.07.	89.078	35.223	7.366	23.271	07.09.	106.425	44.458	8.824	43.893
31.07.	90.367	35.805	7.409	24.009	08.09.	106.498	44.487	8.860	44.281
01.08.	90.367	36.299	7.451	24.783	09.09.	106.584	44.613	8.899	44.930
02.08.	92.662	36.719	7.495	25.336	10.09.	106.661	44.684	8.939	45.473
03.08.	93.820	37.129	7.538	26.066	11.09.	106.729	44.761	8.977	46.160
04.08.	94.882	37.541	7.583	27.047	12.09.	106.803	44.828	9.014	46.721
05.08.	95.942	38.110	7.625	27.793	13.09.	106.855	44.881	9.049	47.287
06.08.	96.922	38.659	7.665	28.315	14.09.	106.920	44.928	9.088	47.836
07.08.	97.829	39.162	7.706	29.057	15.09.	106.984	44.999	9.129	48.429
08.08.	98.701	39.571	7.706	29.652	16.09.	107.056	45.072	9.171	49.015
09.08.	99.442	39.919	7.745	30.609	17.09.	107.134	45.153	9.214	49.627
10.08.	100.164	40.085	7.827	31.304	18.09.	107.199	45.244	9.259	50.253
11.08.	100.855	40.455	7.871	31.747	19.09.	107.262	45.335	9.303	50.992
12.08.	101.372	40.759	7.912	32.654	20.09.	107.307	45.335	9.346	51.640
13.08.	101.848	41.069	7.950	33.323	21.09.	107.374	45.471	9.388	52.070
14.08.	102.287	41.373	7.989	33.821	22.09.	107.450	45.542	9.432	52.685
15.08.	102.696	41.645	8.029	34.528	23.09.	107.529	45.630	9.475	53.275
16.08.	103.033	41.856	8.065	35.329	24.09.	107.590	45.757	9.520	53.834
17.08.	103.300	41.991	8.099	35.702	25.09.	107.659	45.932	9.562	54.392
18.08.	103.571	42.146	8.131	36.352	26.09.	107.723	46.090	9.605	54.819
19.08.	103.815	42.325	8.166	37.112	27.09.	107.775	46.251	9.646	55.320
20.08.	104.071	42.507	8.203	37.547	28.09.	107.833	46.355	9.685	55.776
21.08.	104.313	42.703	8.241	38.074	29.09.	107.908	46.522	9.726	56.354
22.08.	104.543	42.889	8.277	38.532	30.09.	107.908	46.669	9.726	56.519

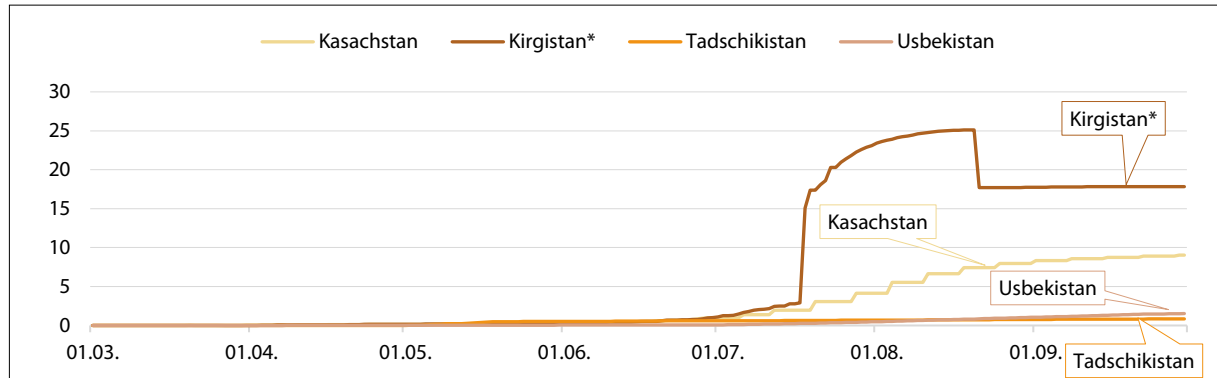
Bis zum 30.09.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Für die Zahlen vom 01.03.–08.04. siehe Zentralasien-Analysen 140, S. 12., für die Zahlen vom 09.04.–05.06. siehe Zentralasien-Analysen 141, S. 17 und für die Zahlen vom 06.06.–14.07. siehe Zentralasien-Analysen 142, S. 8.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 30.09.2020, 09:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv)

**Grafik 3: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 30. September 2020)**



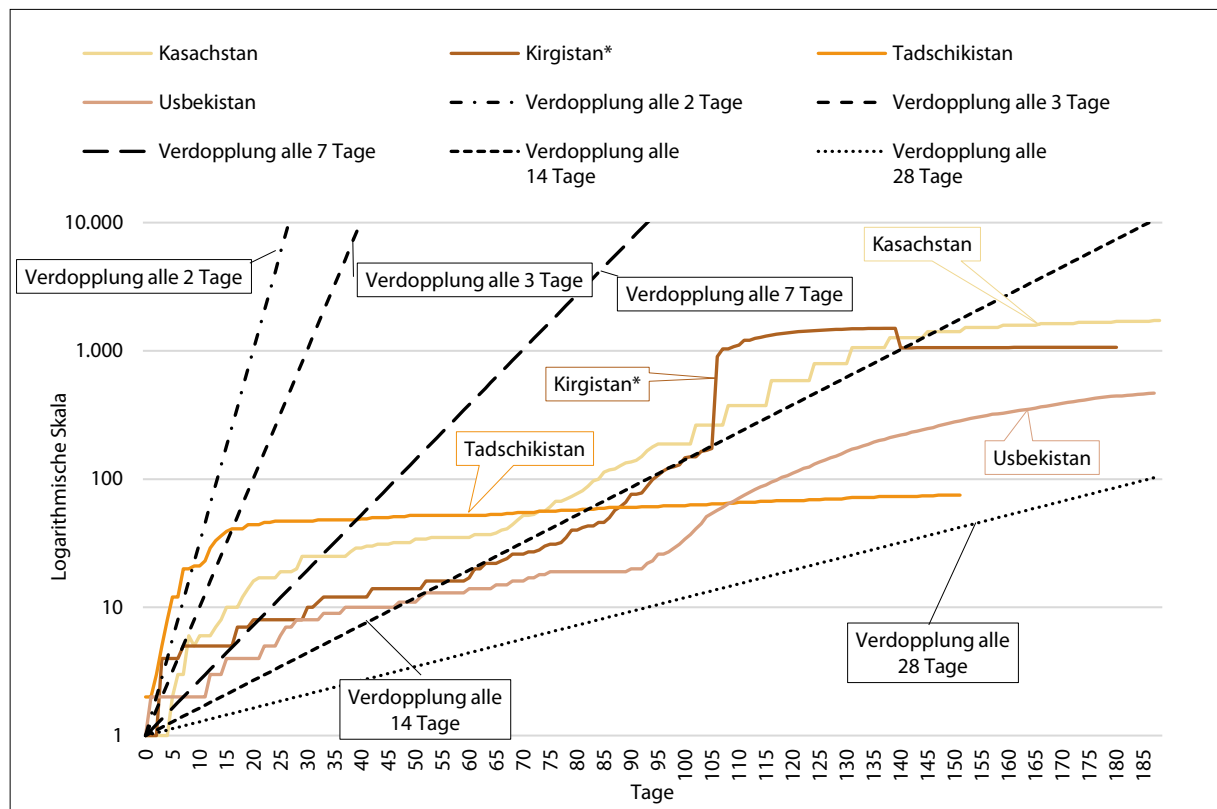
\* Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

Bis zum 30.09.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 30.09.2020, 09:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_deaths\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv); Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

**Grafik 4: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: Todesfälle**



\* Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Bis zum 30.09.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand: 30.09.2020, 09:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv); Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datwrapperr.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Gesamtzahl der Todesfälle, 15. Juli – 30. September 2020)

Datum	Kasachstan	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan
15.07.	375	165	56	71	23.08.	1.415	1.056	66	273
16.07.	375	167	56	75	24.08.	1.415	1.057	67	280
17.07.	375	173	56	79	25.08.	1.523	1.057	67	284
18.07.	375	900	57	83	26.08.	1.523	1.057	67	291
19.07.	375	1.037	57	87	27.08.	1.523	1.057	68	298
20.07.	585	1.037	57	90	28.08.	1.523	1.057	68	302
21.07.	585	1.079	57	95	29.08.	1.523	1.057	68	307
22.07.	585	1.111	58	98	30.08.	1.523	1.058	68	313
23.07.	585	1.211	58	103	31.08.	1.523	1.058	68	320
24.07.	585	1.211	58	106	01.09.	1.588	1.059	68	323
25.07.	585	1.249	59	111	02.09.	1.588	1.059	69	327
26.07.	585	1.277	59	116	03.09.	1.588	1.059	69	331
27.07.	585	1.301	60	121	04.09.	1.588	1.060	69	338
28.07.	793	1.329	60	124	05.09.	1.588	1.060	70	343
29.07.	793	1.347	60	131	06.09.	1.588	1.060	70	347
30.07.	793	1.364	60	136	07.09.	1.588	1.060	70	352
31.07.	793	1.378	60	141	08.09.	1.634	1.060	70	358
01.08.	793	1.397	60	147	09.09.	1.634	1.061	71	366
02.08.	793	1.409	61	151	10.09.	1.634	1.061	72	370
03.08.	793	1.420	61	157	11.09.	1.634	1.063	72	377
04.08.	1.058	1.427	61	165	12.09.	1.634	1.063	72	384
05.08.	1.058	1.438	61	171	13.09.	1.634	1.063	72	390
06.08.	1.058	1.447	62	175	14.09.	1.634	1.063	72	396
07.08.	1.058	1.451	62	181	15.09.	1.671	1.063	73	402
08.08.	1.058	1.459	62	187	16.09.	1.671	1.063	73	407
09.08.	1.058	1.468	62	194	17.09.	1.671	1.063	73	413
10.08.	1.058	1.474	62	200	18.09.	1.671	1.063	73	419
11.08.	1.269	1.478	63	204	19.09.	1.671	1.063	73	427
12.08.	1.269	1.484	63	211	20.09.	1.671	1.063	73	433
13.08.	1.269	1.487	63	216	21.09.	1.671	1.063	73	437
14.08.	1.269	1.491	63	220	22.09.	1.699	1.063	73	442
15.08.	1.269	1.493	64	225	23.09.	1.699	1.063	74	444
16.08.	1.269	1.495	64	232	24.09.	1.699	1.063	74	446
17.08.	1.269	1.496	64	236	25.09.	1.699	1.063	74	449
18.08.	1.415	1.498	65	242	26.09.	1.699	1.063	75	452
19.08.	1.415	1.498	65	248	27.09.	1.699	1.063	75	458
20.08.	1.415	1.498	66	252	28.09.	1.699	1.064	75	460
21.08.	1.415	1.055	66	260	29.09.	1.725	1.064	75	466
22.08.	1.415	1.055	66	267	30.09.	1.725	1.064	75	468

\* Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

Bis zum 30.09.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Für die Zahlen vom 26.03.–14.07. siehe Zentralasien-Analysen 142, S. 10.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 30.09.2020, 09:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_deaths\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv)

**10. Juli 2020 bis 27. September 2020  
(einschließlich Covid-19-Chronik)**

**Kasachstan**

11.7.2020	Während einer öffentlich live übertragenen Regierungssitzung droht Präsident Kasym-Dschomart Tokajew mit der Auflösung des Ministerkabinetts, falls sich die epidemiologische Situation im Land innerhalb von zwei Wochen nicht verbessern sollte.
11.7.2020	Das Gesundheitsministerium dementiert die Behauptung der chinesischen Botschaft in Nur-Sultan, wonach in Kasachstan eine unbekannte Pneumoniekrankheit, welche tödlicher sei als Covid-19, ausgebrochen wäre.
13.7.2020	Per Dekret von Präsident Tokajew werden die landesweiten Quarantänemaßnahmen, die am 5.7.2020 für anfänglich zwei Wochen eingeführt wurden, um mindestens zwei weitere Wochen, bis zum 2.8.2020, verlängert.
16.7.2020	Außenminister Muchtar Tileuberdi nimmt an einer Videokonferenzsitzung der Außenminister des Formates »Zentralasien – China« teil, bei der u. a. Fragen der multilateralen Zusammenarbeit im Kampf gegen Covid-19 sowie in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft erörtert werden.
17.7.2020	Während seines Besuches in Minsk zur Teilnahme an der Sitzung des Eurasischen Zwischenregierungsrates führt Premierminister Askar Mamin Gespräche mit dem belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko und seinem russischen Amtskollegen Michail Mischustin über Stand und Perspektiven der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Wirtschaft und Handel.
29.7.2020	Präsident Tokajew verlängert die landesweiten Quarantänemaßnahmen, die am 5.7.2020 eingeführt wurden und am 2.8.2020 enden sollten, um weitere zwei Wochen. Die Inzidenz ist seit der Einführung der Maßnahmen gesunken, die Reproduktionszahl R liegt aktuell bei 0,99.
4.8.2020	Nach Angaben des Außenministeriums wurde 2.435 kirgisischen und 2.200 usbekischen Staatsbürgern, welche teilweise für mehrere Monate an der russisch-kasachstanischen Staatsgrenze festsäßen, die Durchreise in ihre Heimatländer gewährt. Zuvor war es im russischen Gebiet Samara zu Ausschreitungen zwischen dort festsetzenden Arbeitsmigranten aus Zentralasien und der russischen Polizei gekommen.
4.8.2020	Nach der Veröffentlichung einer Reportage über ethnische Russen mit angeblich separatistischen Einstellungen in Öskemen (Gebiet Ostkasachstan) wird die Seite Meduza.io auf Anordnung eines Bezirksgerichtes in Nur-Sultan wegen der Verbreitung illegaler Inhalte gesperrt.
6.8.2020	Nach Angaben des Innenministeriums sind zwischen dem 16.3.2020 und dem 5.8.2020 241 Fälle von häuslicher Gewalt registriert worden, was einem Anstieg der Fallzahlen um 41,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. 33 Fälle endeten demnach tödlich.
7.8.2020	Nach der schweren Explosion im Hafen von Beirut mit mindestens 190 Toten und über 6.000 Verletzten am 4.8.2020 werden auf Anweisung von Präsident Tokajew 29 Militärärzte zur humanitären Unterstützung in den Libanon entsendet.
10.8.2020	Laut dem Pressesprecher des Gesundheitsministeriums habe Kasachstan eine kritische Phase der epidemiologischen Ausbreitung von Covid-19 durchlaufen, wobei die Situation seit der Wiedereinführung landesweiter restriktiver Quarantänemaßnahmen am 5.7.2020 stabilisiert und eine unkontrollierte virologische Reproduktion verhindert werden konnte.
11.8.2020	Außenminister Muchtar Tileuberdi nimmt an der Videokonferenzsitzung des Formates »Zentralasien plus Japan« teil.
12.8.2020	Die Bürgerrechtsaktivistin Asya Tulesowa wird nach ihrer Teilnahme an den nicht-genehmigten oppositionellen Demonstrationen in Almaty am 6.6.2020 von einem Gericht in Almaty wegen Beamtenbeleidigung zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von umgerechnet 100 US-Dollar verurteilt. Sie soll u. a. einem Polizisten den Hut vom Kopf geschlagen haben.
13.8.2020	Nach Angaben des Pressedienstes des Premierministers sollen ab dem 17.8.2020 die landesweit geltenden Quarantänemaßnahmen schrittweise aufgehoben werden.
14.8.2020	Der erste stellvertretende Premierminister Alichan Smailow und der ständige UN-Vertreter in Kasachstan, Norimasa Shimomura, unterzeichnen ein Rahmenkooperationsabkommen für den Zeitraum 2021 bis 2025, das u. a. gemeinsame Projekte in den Bereichen humanitäre Entwicklung, Menschenrechte und Umweltschutz vorsieht.
17.8.2020	Nach Angaben der ehemaligen Senatsvorsitzenden und Tochter des Ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajews, Dariga Nasarbajewa, ist ihr Sohn Aisultan Nasarbajew am Vortag im Alter von 29 Jahren in London an Herzversagen verstorben.
17.8.2020	Landesweit können u. a. Einkaufs- und Unterhaltungszentren, überdachte Märkte sowie Friseursalons wiedereröffnen, in allen Städten wird der öffentliche Nahverkehr wiederaufgenommen, ebenso die nationale Fußballliga. Nach Angaben der Stadtverwaltung von Nur-Sultan hat sich die Anzahl der Pneumoniepatienten in der Stadt seit der Wiedereinführung von landesweiten restriktiven Quarantänemaßnahmen am 5.7.2020 von über 4.000 auf 343 reduziert, die Bettenauslastung in den städtischen Krankenhäusern ist von 99 % auf 17 % gesunken.



17.8.2020	Der kasachstanische Dienst von RFE/RL meldet mit Bezug auf lokale Medien und Augenzeugenberichten, dass das Dorf Baydibek biy (Gebiet Almaty) nach interethnischen Ausschreitungen zwischen kasachischen und tschetschenischen Bewohnern von der Polizei abgeriegelt wurde. Die Polizei des Gebietes Almaty dementiert dies, demnach sei es weder zu derartigen Ausschreitungen noch zu einer Abriegelung des Dorfes gekommen.
17.8.2020	Angesichts des starken, pandemiebedingten Anstiegs des Armutsrisikos für ca. 800.000 Personen und einem von der Weltbank prognostizierten Anstieg der Armutsquote von 8,3 % auf 12,7 % für 2020 ruft Human Rights Watch (HRW) die kasachstanische Führung zu einer Ausweitung der Maßnahmen zur Unterstützung von wirtschaftlich besonders betroffenen Menschen auf.
18.8.2020	Auf Anordnung der Ministerin für Informationen und öffentliche Entwicklung, Aida Balajewa, müssen auf öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen anwesende Journalisten ab sofort eine blaue Weste mit der Aufschrift »PRESS« tragen. Für Kundgebungen mit mehr als 200 Teilnehmern müssen die jeweiligen Bürgermeister außerdem temporäre Pressezentren einrichten.
18.8.2020	Präsident Tokajew ordnet die Aussetzung von Bewährungsstrafen für wegen Korruption Verurteilte an. Demnach müsse Korruption vor allem während der Pandemie noch stärker bekämpft werden.
19.8.2020	Der kasachstanische Dienst von RFE/RL meldet, dass am Wissenschaftsinstitut für biologische Sicherheitsfragen in Almaty präklinische Tests des potenziellen Covid-19-Impfstoffes »QazCovid« zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Nachdem der Wirkstoff erfolgreich an Tieren getestet wurde, soll in Kürze die nächste Stufe des Testverfahrens mit 200 freiwilligen Personen durchgeführt werden.
21.8.2020	Fergana Agency meldet, dass der im Februar 2020 in Kasachstan festgenommene usbekische Oppositionspolitiker Churram Berdijew nach Usbekistan ausgeliefert wurde, wo dieser wegen des Verdachtes auf Menschenhandel unter Anklage steht.
26.8.2020	Auf Beschluss der abteilungsübergreifenden Kommission zur Verhinderung der Ausbreitung von Covid-19 unter Vorsitz des stellvertretenden Premierministers Jeraly Tugdschanow können ab dem 31.8.2020 landesweit Gostehäuser, Schwimmbäder, Turnhallen und Sportanlagen, Kulturzentren sowie staatliche Naturschutzreservate wiedereröffnen, der interregionale Fernverkehr mit Bus und Bahn wird wiederaufgenommen.
26.8.2020	Der russische Direktinvestitionsfonds und das kasachstanische Arzneivertriebsunternehmen »SK-Pharmacy« einigen sich auf die Lieferung von fünf Millionen Dosen des russischen Impfstoffes »Sputnik V« für Kasachstan, sobald das Testverfahren abgeschlossen ist.
27.8.2020	Der Erste Präsident Nursultan Nasarbajew lädt die Staats- und Regierungsoberhäupter von den USA, Russland, China und den EU-Staaten für Verhandlungen über nukleare Abrüstung zu einem Gipfeltreffen nach Kasachstan ein.
1.9.2020	Bei einer Rede vor einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern kündigt Präsident Tokajew u. a. die Schaffung einer »Agentur für Strategische Planung und Reformen« sowie für 2021 direkte Wahlen von lokalen Bürgermeistern an. Zudem soll die Katastrophenschutzbehörde vom Innenministerium gelöst und in ein eigenständiges Ministerium umgewandelt werden.
2.9.2020	Finanzminister Jerulan Dschamaubajew kündigt die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes an, der Beamten und Ministern die Führung ausländischer Konten verbieten soll. Präsident Tokajew hat in seiner Rede vom Vortag einen derartigen Schritt gefordert, um Korruption effektiver bekämpfen zu können.
3.9.2020	Innenminister Jerlan Turgumbajew ordnet die juristische Umwandlung des Begriffes »Oralman« (zu Deutsch etwa »Rückkehrender«) in »Kandas« (zu Deutsch etwa »Stammesangehöriger«) an. Die Verordnung basiert auf einem von Präsident Tokajew eingebrachten Gesetzesvorschlag, der am 30.4.2020 vom Senat angenommen wurde. Der Begriff Oralman / Kandas bezieht sich auf ethnische Kasachen, die seit der Unabhängigkeit nach Kasachstan immigriert sind und die kasachstanische Staatsangehörigkeit angenommen haben.
9.9.2020	Außenminister Tileuberdi nimmt in Moskau am Treffen des SCO-Außenministerrates teil. Am Rande des Treffens führt Tileuberdi Gespräche mit seinem kirgisischen Amtskollegen Tschingis Aidarbekow über verschiedene Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, wobei sie sich auf eine Wiedereröffnung sämtlicher Grenzübergänge zwischen Kirgistan und Kasachstan und eine Wiederaufnahme des zivilen Luftfahrtbetriebes ab dem 10.9.2020 zwischen den Ländern einigen.
12.9.2020	Der Erste Präsident Nasarbajew, Präsident Tokajew und Außenminister Tileuberdi empfangen den chinesischen Außenminister Wang Yi in Nur-Sultan zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, des gemeinsamen Kampfes gegen Covid-19 und der Zusammenarbeit im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI).

13.9.2020	In Almaty demonstrieren mehrere Dutzend Anhänger der nicht registrierten Demokratischen Partei Kasachstans u. a. für die Freilassung von politischen Gefangenen, für demokratische Reformen sowie gegen einen als zu groß empfundenen chinesischen Einfluss aufs Land.
14.9.2020	Präsident Tokajew ordnet die Schaffung eines »Obersten Reformrates« an, dessen Hauptaufgabe in der Prüfung und Genehmigung von Vorschlägen der »Agentur für Strategische Planung und Reformen« besteht.
17.9.2020	Premierminister Mamin wird in Aschgabat vom turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow und dem turkmenischen Außenminister Raschid Meredow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Verkehr empfangen.
18.9.2020	In Almaty demonstrieren mehrere Dutzend Personen u. a. gegen Sexualkundeunterricht an Schulen und obligatorische Impfungen.
20.9.2020	Per Dekret ordnet Präsident Tokajew die Schaffung einer beratenden »Kommission zur vollständigen Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen« an.
22.9.2020	Nach Verstößen gegen das über Libyen verhängte UN-Waffenembargo beschließen die EU-Außenminister Sanktionen gegen eine Reihe von türkischen, jordanischen und kasachstanischen Firmen, darunter das in Almaty ansässige Luftfrachtunternehmen »Sigma Airlines«.
25.9.2020	Der Erste Präsident Nasarbajew empfängt den usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew in Saryagasch (Gebiet Turkestan) zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Energie, Landwirtschaft und dem gemeinsamen Kampf gegen Covid-19.
25.9.2020	Der ständige Vertreter Kasachstans bei der UN, Kairat Umarow, unterzeichnet das zweite optionale Protokoll des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte mit dem Ziel der Abschaffung der Todesstrafe. Das Strafgesetzbuch sieht bisher Todesstrafen für tödlichen Terrorismus oder besonders schwere Kriegsverbrechen vor. Die letzte Hinrichtung in Kasachstan wurde 2003 vollstreckt, seitdem war die Todesstrafe mit einem Moratorium belegt.

**Kirgistan**

16.7.2020	Die Online-Petitionsseite change.org wird gesperrt, nachdem dort eine Petition für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Dscheenbekow gestartet wurde.
16.7.2020	Außenminister Aidarbekow nimmt an einer Videokonferenzsitzung der Außenminister des Formates »Zentralasien – China« teil, bei der u. a. Fragen der multilateralen Zusammenarbeit im Kampf gegen Covid-19 sowie in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft erörtert werden.
17.7.2020	Während seines Besuches in Minsk zur Teilnahme an der Sitzung des Eurasischen Zwischenregierungsrates führt Premierminister Kubatbek Boronow mit dem belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko, seinem belarussischen Amtskollegen Roman Golowtschenko und seinem russischen Amtskollegen Michail Mischustin Gespräche über Stand und Perspektiven der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Wirtschaft, Handel und dem gemeinsamen Kampf gegen Covid-19.
18.7.2020	Nachdem die stellvertretende Premierministerin Aida Ismailowa am vorgestrigen Tag erklärt hatte, dass die Statistiken über bestätigte Fälle von Covid-19 und Fälle von Lungenentzündungen mit unklarer Ursache ab sofort zusammengeführt werden, verdoppelt sich die statistisch erfasste Covid-19-Fallzahl fast von 13.101 auf 24.606.
23.7.2020	Wirtschaftsminister Sandschar Mukanbetow führt mit dem EBRD-Vorstandsmitglied Kemal Cagatay Gespräche über mögliche weitere finanzwirtschaftliche Formen der Zusammenarbeit im Kampf gegen Covid-19 und einen möglichen Schuldenschnitt für Kirgistan. Bereits am 15.4.2020 haben sich die Finanzminister der G20 darauf geeinigt, den ärmsten Staaten der Welt, darunter Kirgistan, bis 2023/24 sämtliche Schulden zu erlassen. Parallel führt Außenminister Aidarbekow mit dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Peter Burian, Gespräche über mögliche EU-Hilfslieferungen für Kirgistan und die weitere Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie.
25.7.2020	Präsident Dscheenbekow erklärt den 30. Juli zum nationalen Trauertag für das Gedenken an die Opfer der Covid-19-Pandemie.
25.7.2020	Präsident Dscheenbekow verweigert dem Gesetz, das Strafen für die Erfindung und Verbreitung »falscher, inkurater und manipulierter« Informationen im Internet vorsieht, die Ratifizierung. Das Gesetz wurde nun einen Monat nach Verabschiedung zur Novellierung ans Parlament zurückgereicht. Nach Angaben Dscheenbekows sei ein Gesetz gegen die Verbreitung von Falschinformationen dringend notwendig, dieses dürfe jedoch nicht die Meinungs- und Redefreiheit einschränken.
25.7.2020	Nach Angaben seines Anwaltes ist der Menschenrechtsaktivist Asimdschan Askarow im Alter von 69 Jahren in Haft verstorben. Askarow, der in einem umstrittenen Prozess 2010 und erneut im Januar 2017 wegen der Anstiftung zu interethnischen Unruhen in Südkirgistan 2010 und der Ermordung eines Polizisten zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, habe demnach seit Wochen Anzeichen einer ersten Lungenentzündung gezeigt, wobei ihm eine angemessene ärztliche Versorgung verwehrt wurde. Nach Angaben des staatlichen Strafvollzugskomitees (GSIN) hatte sich Askarow bis zum Schluss einer medizinischen Behandlung verweigert, bis er am 24.7.2020 in das Krankenhaus der Strafkolonie Nr. 47 (Gebiet Batken) zwangseingewiesen wurde, nachdem sich sein Zustand weiter verschlechtert hatte (bis zum 24.7.2020 hat das GSIN den schlechten Gesundheitszustand Askarows abgestritten). Dort sei er am Morgen verstorben, nachdem er seinen Sauerstoffkonzentrator selbst abgeschaltet hatte. In einer Stellungnahme des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) wird die umfassende Untersuchung der Umstände von Askarows Tod und seiner Haftbedingungen der letzten Monate gefordert.
28.7.2020	Die Autopsie von Asimdschan Askarow hat ergeben, dass dieser am 25.7.2020 an akutem Atemversagen aufgrund einer bilateralen Lungenentzündung gestorben ist. Die Internationale Föderation für Menschenrechte und der UN-Menschenrechtsausschuss fordern eine umfassende Untersuchung der Todesumstände. Die Medienverantwortliche des Büros des Hohen UN-Kommissars für Menschenrechte, Liz Throssell, ruft die kirgisischen Behörden zur Freilassung von durch Covid-19 besonders gefährdete Häftlinge auf.
28.7.2020	Die Zentrale Wahlkommission (CEC) erlässt ein Verbot für öffentliche Massenveranstaltungen im Zuge des Wahlkampfes für die bevorstehenden Parlamentswahlen am 4.10.2020. Demnach wird der Wahlkampf zwischen dem 4.9.2020 und dem 3.10.2020 nur per TV, Radio und Internet stattfinden.
6.8.2020	Nach Angaben des staatlichen Grenzschutzdienstes wurde im Bezirk Eki-Tasch (Gebiet Batken) ein Grenzschutzbeamter durch einen Jagdgewehrschuss von Unbekannten auf der tadschikischen Seite der Grenze verletzt. Nach Angaben des tadschikischen Grenzschutzdienstes wurde auf tadschikischer Seite im Dorf Somonijon ein tadschikischer Staatsbürger durch Schüsse von kirgisischen Grenzschutzbeamten tödlich verwundet. Nach Angaben von Akipress stehen lokale Grenzschutzbeamte beider Länder bezüglich des Falles bereits in Kontakt.
7.8.2020	Nach Ankündigungen durch das Straßen- und Transportministerium wird der Zivilluftverkehr mit der Türkei und den VAE wieder aufgenommen.

9.8.2020	Auf Gesuch Usbekistans wird der Journalist und usbekische Staatsbürger Bobomurod Abdullajew in Bischkek von Beamten des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit (GKNB) festgenommen. Abdullajew, der aktuell in Bischkek studiert, wird in Usbekistan wegen Präsidentenbeleidigung gesucht.
10.8.2020	Präsident Dscheenbekow unterzeichnet das Gesetz über den Status ausländischer Staatsbürger, die in Kirgistan oder der Kirgisischen SSR geboren wurden. Diese können laut dem Gesetz in Kirgistan u. a. staatliche Leistungen wie medizinische Versorgung in Anspruch nehmen, sie besitzen dauerhaftes Aufenthalts- und Arbeitsrecht und können mit ihrem alten kirgisischen Personalausweis visumfrei einreisen. Das Gesetz schließt ebenfalls Kinder und Enkel ein. Von dem Gesetz ausgenommen sind Personen, die ihren Lebensmittelpunkt in einem Nachbarland Kirgistans haben.
11.8.2020	Nachdem der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko am Vortag in Minsk öffentlich mit dem von Kirgistan international gesuchten Ex-Premierminister Danijar Usenow aufgetreten ist, bestellt das Außenministerium den belarussischen Botschafter in Bischkek ein. Nach Angaben von Tengrinews habe die kirgisische Seite dem belarussischen Diplomaten signalisiert, dass derartige Vorfälle die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kirgistan und Belarus belasten könnten. Darüber hinaus habe man die Auslieferung von Usenow gefordert, der 2013 (in Abwesenheit) in Kirgistan wegen Amtsmissbrauch zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt wurde.
11.8.2020	Außenminister Aidarbekow nimmt an der Videokonferenzsitzung des Formates »Zentralasien plus Japan« teil.
18.8.2020	Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium wird die Zahl von aktuell 1.490 auf aktuell 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.
21.8.2020	Nach Angaben der Regierung können die Bürger von 31 asiatischen und europäischen Staaten, darunter Deutschland, China, Russland, Kasachstan, Turkmenistan, Schweden, Pakistan und die VAE, wieder nach Kirgistan einreisen.
22.8.2020	Nach Angaben verschiedener usbekischer Medien wurde der Journalist und usbekische Staatsbürger Bobomurod Abdullajew von Kirgistan nach Usbekistan ausgeliefert, wo dieser unmittelbar nach seiner Festnahme jedoch wieder freigelassen wurde.
25.8.2020	Die CEC verweigert der Partei »Kirgistan« wegen angeblich nicht-fristgerechter Einreichung von notwendigen Dokumenten die Registrierung für die Parlamentswahlen am 4.10.2020.
26.8.2020	Nach Angaben der spirituellen Verwaltung der Muslime Kirgistans werden Moscheen ab dem 28.8.2020 unter epidemiologischen und hygienischen Auflagen wiedereröffnen.
1.9.2020	Nach Angaben des staatlichen Grenzschutzdienstes werden die seit März geschlossenen Grenzposten mit Usbekistan am 2.9.2020 unter dem Vorbehalt von epidemiologischen und hygienischen Kontrollen für den Personenverkehr wiedereröffnet.
2.9.2020	Nachdem die CEC die Partei »Kirgistan« eine Woche zuvor wegen angeblich nicht-fristgerechter Einreichung notwendiger Dokumente von der Parlamentswahl am 4.10.2020 ausgeschlossen hat, urteilt der Oberste Gerichtshof in Bischkek zugunsten eines Berufungsantrages von Parteichef Kanatbek Isajew, wonach die Partei nun doch an der Wahl teilnehmen darf. Der Antrag von Isajew ist zuvor von einem Verwaltungsgericht in Bischkek angenommen worden, woraufhin die CEC vor dem Obersten Gerichtshof Berufung gegen das Urteil einlegte.
4.9.2020	Einen Monat vor den Parlamentswahlen beginnt die offizielle Wahlkampfphase zwischen den 15 zur Wahl registrierten Parteien. Insgesamt kandidieren 1.912 Personen um die 120 Sitze im Parlament. Den Parteien »Butun Kyrgyzstan« und »Aktiv« wurde die Registrierung wegen ungültiger Dokumente bzw. nicht gezahlter Registrierungsgebühr verweigert.
5.9.2020	Nach Angaben von 24.kg hat die Partei »Butun Kyrgyzstan« wegen ihrem Ausschluss von den Parlamentswahlen durch die CEC Beschwerde beim Verwaltungsgericht Bischkek eingereicht.
7.9.2020	Nach Angaben des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE wurde auf Einladung Kirgistans eine 18 Langzeitbeobachter und 12 lokale Experten umfassende Mission zur Beobachtung der am 4.10.2020 stattfindenden Parlamentswahlen in Kirgistan eingerichtet. Nach eigenen Angaben hat die CEC insgesamt 180 internationale Wahlbeobachter aus insgesamt 28 Ländern registriert.
9.9.2020	Vor dem Gebäude des Verwaltungsgerichtes in Bischkek demonstrieren zum wiederholten Male (zuvor am 7.9.2020 mehrere Hundert Unterstützer der Partei »Butun Kyrgyzstan« gegen deren Nichtzulassung zur Parlamentswahl am 4.10.2020.



9.9.2020	Außenminister Aidarbekow nimmt in Moskau an einer Sitzung des SCO-Außenministerrates teil. Am Rande der Sitzung führt Aidarbekow Gespräche mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulasis Kamilow, seinem kasachstanischen Amtskollegen Muchtar Tileuberdi, seinem tadschikischen Amtskollegen Siroduschiddin Muchriddin, seinem pakistanischen Amtskollegen Shah Mehmood Qureshi und seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow über verschiedenste Fragen der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit. Aidarbekow und Tileuberdi einigen sich auf eine Wiedereröffnung sämtlicher Grenzübergänge zwischen Kirgistan und Kasachstan und eine Wiederaufnahme des zivilen Luftfahrtbetriebes zwischen den beiden Ländern.
10.9.2020	Das Verwaltungsgericht in Bischkek entscheidet im Berufungsverfahren zugunsten der Partei »Butun Kyr-gyzstan«, so dass diese nun ebenfalls an den Parlamentswahlen am 4.10.2020 teilnehmen kann.
14.9.2020	Präsident Dscheenbekow und Außenminister Aidarbekow empfangen den chinesischen Außenminister Wang Yi in Bischkek zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Handelsbeziehungen, der Zusammenarbeit im Kontext der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI) und mögliche Schuldenerleichterungen für Kirgistan von Seiten Chinas.
18.9.2020	Außenminister Aidarbekow wird in Budapest von seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Fragen der gemeinsamen Agenda, u. a. dem noch für das laufende Jahr geplanten Besuch von Präsident Dscheenbekow in Ungarn, empfangen. Außerdem bedankt sich Aidarbekow für die humanitären Hilfslieferungen von Seiten Ungarns während der Covid-19-Pandemie.
23.9.2020	In Bischkek demonstrieren mehrere Dutzend Personen unter dem Motto »Gegen alle!« für den Rücktritt der als korrupt empfundenen CEC. Wähler werden aufgerufen am 4.10.2020 gegen alle Parteien zu stimmen.
25.9.2020	Per Videokonferenzschaltung findet der diesjährige Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Kirgistan statt. EU-Vertreter bringen dabei Bedenken gegen eine Reihe von legislativen Initiativen zum Ausdruck, welche die Einschränkung von grundlegenden Rechten wie der Versammlungs-, Meinungs- und Gewerkschaftsfreiheit zum Ziel haben. Weitere Themenfelder des Dialogs sind u. a. der starke Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt seit dem Beginn der Covid-19-Pandemie und die Todesumstände des Menschenrechtsaktivisten Asimdschan Askarow.

## Tadschikistan

10.7.2020	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass der Oberste Gerichtshof von Tadschikistan ein (nichtöffentliches) Strafverfahren gegen 116 mutmaßliche Mitglieder der international tätigen »Muslimbruderschaft« eröffnet hat. 114 der 116 Angeklagten sind tadschikische Staatsangehörige, zwei sind Staatsbürger Ägyptens. Die Anklagepunkte lauten »Finanzierung terroristischer Verbrechen«, »Öffentliche Forderungen zur Durchführung extremistischer Aktivitäten«, »öffentliche Rechtfertigung von Extremismus«, »Bildung einer extremistischen Gemeinschaft« und »Organisation der Aktivitäten einer extremistischen Organisation«. Die Angeklagten waren im Rahmen von Razzien gegen mutmaßliche Mitglieder der Muslimbruderschaft Anfang Januar festgenommen worden. Ihnen drohen bis zu 12 Jahren Haft.
10.7.2020	Die russische Nachrichtenagentur »Kommersant« meldet, dass im Zuge der russischen Anti-Coronamaßnahmen durchschnittlich 40 % der Arbeitsmigranten ihren Job verloren haben – in Moskau waren 76 % der Arbeitsmigranten vom Arbeitsplatzverlust betroffen.
10.7.2020	Abdullo Gurbati, Journalist der Nachrichtenagentur Asia-Plus, wurde die Gewährung von staatlichem Schutz durch das tadschikische Innenministerium verweigert, meldet Fergana Agency. Die zuständige Abteilung des Innenministeriums kam zum Schluss, dass »kein Grund vorliegt, um Sicherheitsmaßnahmen anzuwenden.« Gurbati wurde im Mai zweimal im Rahmen seiner journalistischen Recherchen angegriffen.
14.7.2020	Generalstaatsanwalt Yusuf Rahmon verkündet auf einer Pressekonferenz, dass Tadschikistan 72 mutmaßliche Anhänger der verbotenen Muslimbruderschaft auf eine internationale Fahndungsliste gesetzt habe.
14.7.2020	In der tadschikischen Botschaft in Moskau werden drei Konsultsbeamte positiv auf das Coronavirus getestet.
20.7.2020	Strafverfolgungsbehörden haben eine Reihe von Strafverfahren gegen Apotheken und Arzneimittelimporteure eröffnet, welche mutmaßlich an unzulässigen Preisspekulationen sowie Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie beteiligt waren. Laut Generalstaatsanwalt Yusuf Rahmon handelt es sich bereits um 2.000 Fälle.
27.7.2020	Die staatliche iranische Nachrichtenagentur »Mehr« verkündet die Eröffnung eines neuen Transportkorridors zwischen dem Iran und Tadschikistan. Die neue Verbindung soll den Warenverkehr zwischen den südlichen iranischen Häfen und den zentralasiatischen Republiken beschleunigt ermöglichen. Der neue Warenkorridor führt durch Afghanistan.
27.7.2020	Beim Versuch mehrere Menschen im russischen Chimki, Gebiet Moskau, zu erschießen, wird ein bewaffneter mutmaßlicher tadschikischstämmiger Terrorist von Spezialkräften des russischen FSB erschossen. Der 19-Jährige lebte laut Angaben der russischen Zeitung »Kommersant« bereits über einen längeren Zeitraum in Belarus und Russland. Nachdem Beamte ihn aufforderten seine Dokumente vorzuzeigen, soll er das Feuer auf die Beamten eröffnet haben und wurde von diesen daraufhin erschossen. In seiner Wohnung fanden die Ermittler demnach IS-Propagandamaterial.
28.7.2020	Über den Pressedienst von Präsident Emomali Rachmon ruft die Regierung alle Bürger des Landes auf, Verständnis für auftretende Stromengpässe zu zeigen. Der Aufruf verweist an den klimawandelbedingten Schneemangel in den Quellgebieten der Flüsse Wachschan und Pandsch. Dort fiel laut Angaben des Pressedienstes im Winter 2019/2020 lediglich 50 % des Schneevolumens der Vorjahre, weshalb beide Flüsse erheblich weniger Wasser als in den Jahren zuvor führen. Auch das Nurek-Wasserreservoir weist einen 17 Meter tieferen Wasserpegel auf als in den Vorjahren. Der Stromexport in die Nachbarrepubliken Usbekistan und Afghanistan muss aufgrund der derzeitigen Lage vorzeitig eingestellt werden. Zudem werde es fortan zu Stromausfällen kommen, da das Wasser der Flüsse nun zum Wiederauffüllen des Nurek-Wasserreservoirs verwendet werde. Dies sei demnach ein unausweichlicher Schritt um größere Engpässe im Winter zu vermeiden. Die Bürger des Landes sind dazu aufgerufen Strom zu sparen.
29.7.2020	In St. Petersburg wird eine Gruppe von tadschikischen Staatsangehörigen festgenommen, welche verdächtigt werden Unterstützer des IS zu sein.
6.8.2020	Im tadschikisch-kirgisischen Grenzgebiet kam nach Angaben von Fergana Agency es zu einer nächtlichen Schießerei zwischen den Siedlungen Langari Mohiyon (Gebiet Sughd) und der kirgisischen Grenzsiedlung Eki-Tasch. Hierbei wurde ein kirgisischer Grenzschützer angeschossen und verletzt. Zudem wurde ein tadschikischer Dorfbewohner, welcher sich nach Angaben von Fergana Agency einen Kilometer entfernt von der Grenze aufhielt, von kirgisischer Seite aus tödlich verletzt.
11.8.2020	Auf Initiative Japans findet via Videokonferenzschaltung ein Außenministertreffen zwischen dem japanischen Außenminister und seinen zentralasiatischen Amtskollegen statt. Unter der Teilnahme des tadschikischen Außenministers Sirodschidin Muchriddin werden u. a. Strategien zur Pandemiebekämpfung, zur wirtschaftlichen Regeneration und zur regionalen Sicherheit besprochen.

12.8.2020	Asia-Plus meldet, dass sich vor der russischen Botschaft in Duschanbe zahlreiche Personen versammeln, in der Hoffnung durch Sonderflüge nach Russland einreisen zu können. Zahlreiche der Versammelten seien russische Staatsangehörige, welche in Tadschikistan gestrandet sind und aufgrund geschlossener Grenzen nicht heimreisen können.
13.8.2020	Gulnazar Keldi, Komponist der tadschikischen Nationalhymne, stirbt an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung in einem Krankenhaus in Duschanbe, meldet Asia-Plus.
19.8.2020	Im Rahmen der Dienstreise von Präsident Rachmon in das Autonome Gebiet VMKB/GBAO kommt es am Grenzfluss Pandsch zu einem Dialog mit Megafonen zwischen einer Gruppe afghanischer Staatsbürger und Präsident Rachmon, jeweils auf der anderen Flussseite. Die afghanischen Staatsbürger bitten Rachmon u. a. bei der Lösung ihrer Probleme im Zusammenhang mit Trinkwasser- und Elektrizitätsmängeln.
21.8.2020	In einem Interview mit Asia-Plus verteidigte Dschaloliddin Amirow, Chefspezialist des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, die Entscheidung zur Öffnung von Schulen nach dem Sommer und betonte, dass Online-Unterricht in Tadschikistan »unrealistisch« sei. In abgelegenen Regionen sei weder die Internetversorgung noch die Versorgung mit ausreichend Laptops – insbesondere bei kinderreichen Familien – gesichert.
26.8.2020	Auf dem regulären Kongress der Föderation unabhängiger Gewerkschaften in Duschanbe wird Präsident Rachmons Kandidatur für die kommenden Präsidentschaftswahlen bekannt gegeben. Diese finden am 11.10.2020 statt. Rachmon hält das Präsidentenamt bereits seit 1994 inne.
26.8.2020	Offenbar hat sich der im Juni wegen Bestechungsvorwürfen festgenommene ehemalige Bürgermeister von Kulob, Bahrom Inojatsoda, in einem staatlichen Internierungslager mit dem Coronavirus infiziert. Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet mit Bezug auf Zeugenangaben, dass er nach seiner Krankenhausbehandlung wieder in Gewahrsam genommen wurde, obwohl sich sein Gesundheitszustand weiter zunehmend verschlechtert hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte Inojatsoda am 8.6.2020 u. a. wegen des Verdachtes auf Bestechlichkeit festnehmen lassen.
29.8.2020	Nach Angaben des tadschikische Dienstes von RFE/RL befinden sich mehr als 30 Einwohner von Hissor (Der Republik unterstellte Bezirke) bereits seit Mitte Juli in kirgisischer Haft. Demnach haben sie aufgrund der Schließungen der Grenze mit Usbekistan diese jenseits der Kontrollpunkte passiert.
30.8.2020	Das tadschikische Gesundheitsministerium wies einen UN-Bericht zurück, wonach das Land über mangelhafte Testkapazitäten verfüge, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL. Der UN-Bericht von Ende Juli vermutet einen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Fallzahlen und den mangelhaften Testkapazitäten.
1.9.2020	Rachmatillo Sodschirow, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Tadschikistans (SDPT), kündigt an, dass seine Partei die Präsidentschaftswahlen im Oktober boykottieren werde. Er forderte seine Parteimitglieder ebenfalls zum Wahlboykott auf.
1.9.2020	Fergana Agency meldet, dass die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen am 11.10.20 feststehen: Rustam Latifsoda (Agrarpartei), Abduchalim Gafforow (Sozialistische Partei), Saiddschafar Usmonsoda (Demokratische Partei), Rustam Rachmatzod (Wirtschaftsreformpartei) sowie Präsident Emomali Rachmon (Volksdemokratische Partei Tadschikistans).
2.9.2020	Ein 30-jähriger Anwalt aus Chorog (VMKB/GBAO) gibt über verschiedene soziale Medien seine Präsidentschaftskandidatur bekannt. Faromuz Igraschow war laut Angaben von Asia-Plus bereits zwischen 2015 und 2020 Mitglied des regionalen Parlaments von GBAO.
2.9.2020	Sämtliche Großveranstaltungen anlässlich des 29. Unabhängigkeitstages von Tadschikistan am 9.9.2020 werden pandemiebedingt abgesagt und vom Innenministerium verboten.
6.9.2020	Das US-Außenministerium fordert US-amerikanische Staatsbürger auf, aufgrund aktueller Covid-19-Fallzahlen sowie einer angeblich erhöhten Terrorgefahr nicht nach Tadschikistan zu reisen.
7.9.2020	Der afghanische Stromanbieter »Breschno« gab an, wieder tadschikischen Strom zu importieren, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL. Tadschikistans Stromexporte waren zuvor aufgrund von akuter Wasserknappheit im Nurek-Wasserreservoir außerplanmäßig ausgesetzt worden. Beamte des tadschikischen Stromversorgers »Barqi Tojik« bestätigten die Angaben, betonten jedoch, dass die zukünftigen Exporte wetterabhängig seien bzw. von den Wasserständen in den Reservoirs abhängen würden.
8.9.2020	Nach einem Rechtsstreit zwischen der in Hongkong ansässigen »Super Perfect Investment Ltd.« und der tadschikischen »Agroinvestbank« hat ein New Yorker Bundesgericht zugunsten der Hongkonger Investmentgesellschaft entschieden, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL. Dem Urteil nach muss die Agroinvestbank dem Kläger 24,5 Mio US-Dollar zahlen. Vorherigen Zahlungsaufforderungen von anderen Instanzen war die Agroinvestbank nicht nachgekommen, weshalb nun ein Konto der Bank bei der »City Bank of America« gepfändet wird.

10.9.2020	Aus Duschanbe wird der nahezu vollständige Abriss des ehemaligen Präsidentenpalastes gemeldet.
14.9.2020	Faromuz Irgaschows Bewerbung als Präsidentschaftskandidat wird von der Zentralen Wahlkommission (CEC) abgelehnt. Laut Angaben CEC lagen die erforderlichen Bewerbungsunterlagen nicht fristgerecht vor.
15.9.2020	Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Tadschikistans, Saiddschafar Usmonsoda, wurde nicht für die Präsidentschaftswahl zugelassen. Laut Angaben der CEC wurde die erforderliche Anzahl von 245.100 Unterschriften für seine Kandidatur nicht erreicht.
16.9.2020	Laut Angaben der Agentur für Statistik erhielt Tadschikistan im laufenden Jahr humanitäre Hilfszahlungen aus China in Höhe von 14 Mio. US-Dollar. Damit ist China mit großem Abstand der wichtigste Geldgeber Tadschikistans.
16.9.2020	Asia-Plus meldet, dass weiterhin Preissteigerungen für Lebensmittel wie Mehl, Fleisch, Milch und Reis auf den Märkten in Tadschikistan beobachtbar seien.
19.9.2020	Der afghanische Außenminister Muhammad Hanif Atmar wird in Duschanbe von Präsident Rachmon zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit empfangen. Beide einigten sich auf den Ausbau der strategischen Partnerschaft zwischen den zwei Staaten und berieten u. a. über Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität.
24.9.2020	Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Tadschikistans, Rachmatillo Zodschirow, wird von Unbekannten vor seinem Privatwohnhaus körperlich angegriffen und verletzt.



## **Turkmenistan**

11.7.2020	Außenminister Raschid Meredow trifft sich mit der fünfköpfigen WHO-Mission, die sich seit dem 8.7.2020 im Land aufhält, um Aspekte der Zusammenarbeit im Kampf gegen Covid-19 bzw. zur Verhinderung eines Ausbruchs der Krankheit in Turkmenistan zu besprechen.
12.7.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur TDH ruft die Menschen dazu auf, wegen einer erhöhten Staubpartikelmenge in der Luft Atemschutzmasken zu tragen und einen Meter Sicherheitsabstand einzuhalten. »Sommerliche Luftströme aus dem Südosten, Nordosten und Norden« seien demnach für die erhöhte Staubpartikelkonzentration in der Luft verantwortlich.
13.7.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur TDH ruft die Menschen erneut eindringlich dazu auf, aufgrund der erhöhten Staubpartikelmenge in der Luft Atemschutzmasken zu tragen: »Kümmere Dich um Deine Gesundheit – Trage eine Maske!«
13.7.2020	Während einer Videokonferenzsitzung bespricht Außenminister Meredow mit seinem aserbaidischen und afghanischen Amtskollegen Elmar Mamadyarov und Hanif Atmar Stand und Perspektiven der trilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr und Kommunikation. Konkret geht es um die Verwirklichung eines multimodalen Verkehrskorridors zwischen Afghanistan, Turkmenistan, Aserbaidschan, Georgien und der Türkei.
15.7.2020	Während einer Pressekonferenz in Aschgabat äußert Catherine Smallwood, die Leiterin der sich aktuell in Turkmenistan aufhaltenden WHO-Mission, dass Turkmenistan gut auf einen Ausbruch von Covid-19 vorbereitet sei und das Land bisher ausreichende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung getroffen habe. Gleichzeitig zeige man sich besorgt angesichts unbestätigter Informationen über angebliche Fälle von Lungenentzündung mit unklarer Ursache. Der Regierung empfehle man so zu handeln, als ob es bereits Covid-19-Fälle in Turkmenistan gäbe.
15.7.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur TDH verkündet Desinfektionsmaßnahmen im gesamten Land, welche den interregionalen Verkehr einschränken. Diese erfolgen demnach »angesichts der erhöhten Staubpartikeldichte wegen anhaltender Luftströme aus dem Südosten, Norden und Nordosten«.
16.7.2020	RIA Nowosti meldet mit Bezug auf eine interne Quelle im turkmenischen Rat für religiöse Angelegenheiten, dass sämtliche Gotteshäuser im Land geschlossen wurden.
16.7.2020	Außenminister Meredow nimmt an einer Videokonferenzsitzung der Außenminister des Formates »Zentralasien – China« teil, bei der u. a. Fragen der multilateralen Zusammenarbeit im Kampf gegen Covid-19 sowie in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft erörtert werden.
16.7.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur TDH meldet, dass in Turkmenabad (Gebiet Lebap) ein Frachtflugzeug der WHO mit Hilfsmitteln in Form von 320.000 medizinischen Masken, 130.000 Atemschutzmasken, 88.000 Gesichtsschutzschirmen, 18.000 medizinischen Schutzbrillen und 12.000 medizinischen Schutzmänteln eingetroffen ist.
19.7.2020	Chronika Turkmenistana meldet, dass die türkische Polizei in Istanbul 18 turkmenische Staatsbürger festgenommen hat, die vor dem turkmenischen Generalkonsulat gegen Präsident Gurbanguly Berdimuchammedow demonstriert haben.
20.7.2020	Chronika Turkmenistana meldet, dass Krankenpflegerinnen staatlicher Krankenhäuser in Aschgabat dazu genötigt werden, nach der Arbeit unentgeltlich medizinische Schutzmasken zu nähen.
21.7.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur Orient.tm meldet, dass als Maßnahme zur Vorbeugung gegen nicht näher bestimmte Infektionskrankheiten u. a. Märkte, Einkaufszentren, Kinos, Theater, Parks, Museen Friseursalons, bis zum 1.8.2020 geschlossen werden. Wenn möglich wird Heimarbeit und ein Abstand von zwei Metern empfohlen. Turkmen Airlines und Turkmen Railways melden die Aussetzung des Personenflug- und Personenzugbetriebes bis zum 31.8.2020. Die staatliche Nachrichtenagentur TDH kündigt großflächige Desinfektionsarbeiten im ganzen Land an.
21.7.2020	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet mit Bezug auf einen anonymen Korrespondenten in Aschgabat, dass sich unter der Bevölkerung der Hauptstadt angesichts überfüllter Krankenhäuser und immer mehr Todesfällen im Zusammenhang mit Lungenentzündungen Panik ausbreite.
22.7.2020	Während einer Sitzung des WTO-Generalrates in Genf wird die Bewerbung Turkmenistans auf einen Beobachterstatus in der Organisation einstimmig angenommen.
23.7.2020	Nach Angaben von Turkmen.news wurden die Firmenniederlassungen des malaysischen Mineralölkonzerns Petronas und des chinesischen Mineralölkonzerns CNPC in Aschgabat von Behörden unter Quarantäne gestellt, nachdem mehrere Mitarbeiter positiv auf Covid-19 getestet wurden.
27.7.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur TDH empfiehlt, das bevorstehende islamische Opferfest Eid ul-Adha zwischen dem 30.7.2020 und dem 3.8.2020 aufgrund der erhöhten Staubpartikeldichte in der Luft nur in einem kleinen familiären Kreis zu feiern und größere Festgemeinden zu meiden.

28.7.2020	Nach Angaben von Turkmen.news müssen Pneumoniepatienten in einem Krankenhaus in Aschgabat täglich Bestechungsgelder in Höhe von bis zu 1.400 Manat (400 US-Dollar) zahlen, um an Beatmungsgeräte angeschlossen zu werden.
30.7.2020	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass Behörden im Gebiet Lebab die Verwandten von Verstorbenen auffordern würden, Gräber so flach zu gestalten sodass diese nicht durch Satelliten erkannt werden können. Zuvor haben unabhängige internationale Journalisten auf Satellitenbilder aufmerksam gemacht, auf denen vor kurzer Zeit entstandene Massengräber in der Nähe von Balkanabad (Gebiet Balkan) zu sehen sein sollen.
30.7.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL müssen Einwohner der Stadt Mary zur Nutzung von Geldautomaten mittlerweile bis zu vier Tage an diesen anstehen bzw. übernachten. Die Wochen zuvor sollen landesweit zahlreiche Geldautomaten demontiert worden sein, vermutlich um Bilder von anstehenden Personen zu vermeiden.
6.8.2020	Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur TDH hat Präsident Berdymuchammedow die Arbeit an seinem 53. Buch »Die spirituelle Welt der Turkmenen« (»Духовный мир туркмен«) abgeschlossen und wird dieses in Kürze veröffentlichen.
7.8.2020	Während einer Videokonferenzsitzung einigen sich Präsident Berdymuchammedow, der WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus und der WHO-Regionaldirektor für Europa, Hans Kluge, auf die Durchführung von unabhängigen Tests auf das Vorhandensein von Covid-19 in Turkmenistan durch die WHO.
10.8.2020	Während einer Videokonferenzsitzung besprechen Außenminister Meredow und Gesundheitsminister Nurmuchammed Amanepesow mit dem WHO-Regionaldirektor für Europa, Hans Kluge, die weitere Zusammenarbeit zur Verhinderung eines Ausbruchs von Covid-19 in Turkmenistan.
11.8.2020	Außenminister Meredow nimmt an der Videokonferenzsitzung des Formates »Zentralasien plus Japan« teil.
19.8.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur TDH meldet, dass die Kommission zur Änderung der Nationalverfassung unter Leitung von Präsident Berdymuchammedow ihre Arbeit abgeschlossen hat. Wichtigste Neuerung ist demnach die Etablierung eines als »Nationalrat« betitelten Zweikammerparlamentes.
20.8.2020	Nach Angaben von Akipress wird der Schulbetrieb landesweit unter Hygieneauflagen am 1.9.2020 wieder regulär aufgenommen.
21.8.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL wurden im August im Gebiet Mary Angestellte u. a. von Krankenhäusern und staatlichen Druckereien zu Erntearbeiten auf Baumwollfeldern genötigt.
25.8.2020	Per Videokonferenzschaltung führt Außenminister Meredow mit dem iranischen Minister für Straßen und Stadtentwicklung, Mohammad Eslami, Gespräche über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Logistik.
28.8.2020	Nach Angaben von Turkmen Railways wird der inländische Personenzugverkehr um zwei weitere Monate, bis zum 1.10.2020, ausgesetzt. Nach Angaben von Turkmen Airlines bleibt der internationale Zivillflugbetrieb ebenfalls bis zum 1.10.2020 ausgesetzt.
31.8.2020	In Aschgabat tagt der Gründungskonvent der Internationalen Gemeinschaft für turkmenische Alabai-Hunde. Bereits am 26.8.2020 hat die staatliche Nachrichtenagentur TDH Präsident Berdymuchammedows Pläne zur Errichtung eines gigantischen Gebäude- und Parkkomplexes zur Hundeaufzucht in Aschgabat vorgestellt.
2.9.2020	Per Videokonferenzschaltung führt Außenminister Meredow mit seinem kirgisischen Amtskollegen Tschingis Aidarbekow Gespräche über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft, regionale Integration und humanitäre Beziehungen.
2.9.2020	Nach Angaben des Muftiates von Turkmenistan bleiben Moscheen mindestens bis zum 1.10.2020 geschlossen.
3.9.2020	Vor der turkmenischen Botschaft in Washington D.C. demonstrieren ca. 30 Turkmenen gegen die von Präsident Berdymuchammedow geplante Verfassungsänderung, welche die Etablierung eines Zweikammerparlamentes zum Ziel hat.
5.9.2020	Anlässlich der Veröffentlichung von Präsident Berdymuchammedows neuem Buch »Die spirituelle Welt der Turkmenen« findet im Mekan-Palast in Aschgabat ein Festbankett statt.
7.9.2020	Nach Angaben der Helsinki-Stiftung wurde der Anwalt Pygamberdy Allaberdyjew am 5.9.2020 in Balkanabad (Gebiet Balkan) wegen angeblicher Verbindungen zu sich im Exil befindlichen Protestbewegungen festgenommen. Nach Angaben der örtlichen Strafverfolgungsbehörde erfolgte die Festnahme auf Befehl des Ministeriums für Nationale Sicherheit. Demnach laufe gegen Allaberdyjew ein Strafermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf »Terrorismus«.
7.9.2020	Per Videokonferenzschaltung führt Außenminister Meredow mit seinem georgischen Amtskollegen David Zalkaliani Gespräche über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit in Verkehrs- und Transitfragen

8.9.2020	Wegen unzulässiger Erfüllung offizieller Aufgaben und Leistungsmängeln erteilt Präsident Berdymuchammedow dem Geschäftsführer von Turkmenistan Airlines, Dovran Saburow, eine scharfe Rüge.
8.9.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL ist im Bezirk Vekil-Bazar (Gebiet Mary) bereits am 3.9.2020 ein 18-jähriges Mitglied der Zeugen Jehovas von einem Gericht wegen Wehrdienstverweigerung zu einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt worden.
16.9.2020	Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur TDH haben Vertreter des Gesundheitsministeriums und der WHO eine Online-Konsultation über die Behandlung von Patienten mit schweren Atemwegserkrankungen abgehalten.
17.9.2020	Nach Angaben von Mehr News Agency haben sich Turkmenistan und Iran auf eine zehntägige Wiedereröffnung des Grenzpostens Sarachs für den Warenverkehr geeinigt.
17.9.2020	Präsident Berdymuchammedow und Außenminister Meredow empfangen den kasachstanischen Premierminister Askar Mamin in Aschgabat zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Verkehr.
18.9.2020	Während einer Videokonferenzsitzung erörtert Finanz- und Wirtschaftsminister Muchammetgeldy Serdarow mit Vertretern des IWF die wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung des ersten Halbjahres 2020 sowie den Haushaltsentwurf für das zweite Halbjahr und das Jahr 2021.
18.9.2020	Per Videokonferenzschaltung erörtert Außenminister Meredow mit seinen ukrainischen und saudischen Amtskollegen Dmytro Kuleba und Faisal bin Farhan Al Saud Fragen der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Kultur.
21.9.2020	Per Videokonferenzschaltung erörtert Außenminister Meredow mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdullasis Kamilow Fragen der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Wasserwirtschaft und Energie.
25.9.2020	Das Parlament (Mejlis) und der Volksrat billigen jeweils einstimmig die von der Verfassungskommission unter Vorsitz von Präsident Berdymuchammedow ausgearbeitete Verfassungsänderung, welche die Schaffung eines Zweikammerparlamentes (»Nationalrat«) vorsieht, in dem der Volksrat das Oberhaus und der Mejlis das Unterhaus darstellt. Der Volksrat ist 2017 auf Initiative von Berdymuchammedow aus dem bis dahin bestehenden Ältestenrat hervorgegangen und hatte als eine vom Parlament getrennte Institution unter Vorsitz von Präsident Berdymuchammedow eine den Präsidenten beratende Funktion inne. Die Änderung tritt am 1.1.2021 in Kraft. Die ersten Wahlen für beide Parlamentskammern werden von Berdymuchammedow auf den 28.3.2021 terminiert.

## Usbekistan



10.7.2020	Die republikanische Sonderkommission zur Bekämpfung des Coronavirus verkündet eine Verschärfung der Quarantänemaßnahmen ab dem 10.7.2020. Bis zum 1.8.2020 bleiben große Geschäfte sowie Cafés, Restaurants und Parks geschlossen. Zudem sind Unterhaltungsveranstaltungen und Hochzeitsfeiern untersagt. Die Entscheidung erfolgt im Zusammenhang mit gestiegenen Covid-19-Fallzahlen bzw. damit zusammenhängenden Todesfällen.
10.7.2020	Aus dem staatlichen Quarantänelager Urtsaray (Gebiet Taschkent) werden Unruhen gemeldet. Dem usbekischen Dienst von RFE/RL wurden entsprechende Videoaufnahmen von Protestierenden zugesandt, von denen einige behaupten, sie seien bereits seit 30 Tagen im Quarantänezentrum interniert. Auch nach Ablauf der regulären Quarantänezeit sei ihnen die Heimkehr ohne weitere Angabe von Gründen verwehrt worden.
10.7.2020	Fergana Agency meldet die polizeiliche Räumung des staatlichen Quarantänelagers Urtsaray. Nachdem zuvor Unruhen im Lager ausgebrochen waren würden die Bewohner nun nach Hause transportiert. Die Hintergründe der Räumung bleiben unklar. Es wird spekuliert, dass diese im Zusammenhang mit der Rückkehr von 3.746 usbekischen Staatsangehörigen über den kasachstanisch-usbekischen Grenzübergang »Dschibek-Dscholy« (Gebiet Taschkent) stehen. Sämtliche repatriierten Personen werden unter Quarantäne gestellt.
13.7.2020	Der inländische Bahn- und Flugverkehr wird bis zum 1.8.2020 im Rahmen der neuen Quarantänemaßnahmen des Landes eingestellt. Fortan finden bis auf weiteres lediglich Rückkehrtransporte sowie Quarantänebeförderungsfahrten statt.
15.7.2020	Präsident Schawkat Mirsijojew rügt den Bürgermeister von Taschkent, Dschahongir Artikchodschajew, sowie Usbekistans Gesundheitsminister Alischer Schadmanow. Er wirft beiden u. a. unsachgemäße Arbeitsverrichtung vor. Demnach fühlten sie sich nicht ausreichend verantwortlich für die epidemiologische Situation im Land und würden die Situation in den medizinischen Einrichtungen nicht kennen, meldet der präsidiale Presdienst auf seiner Website.
16.7.2020	Der UN-Menschenrechtsrat rät in seinem Usbekistanbericht die Stärkung der Justizunabhängigkeit des Landes an. Die Vergütung von Richtern sollten demnach künftig nicht durch Dekrete des Staatsoberhauptes geregelt werden, sondern durch Gesetze. Zudem würden in gegenwärtigen Prozessen Staatsanwälte in Strafverfahren einen zu hohen Druck auf Richter ausüben.
17.7.2020	Der Pressedienst des Gesundheitsministeriums bittet alle Bürger des Landes, die usbekische Kontaktverfolgungssapp »Self Safety« auf ihrem Smartphone zu installieren. Diese greift u. a. auf Bluetooth- und GPS-Daten der Smartphonebenutzer zu.
17.7.2020	Das Gesundheitsministerium meldet auf seinem Telegramkanal, dass Covid-19-Patienten, welche zu Hause behandelt werden, kostenlose Medikamentenpakete sowie Masken erhalten würden.
20.7.2020	Aus der Republik Karakalpakstan werden Straßenproteste gemeldet. Bewohner des Bezirkes Berunij blockierten die Straße Nukus-Taschkent und verwiesen auf Ernteschäden sowie erkrankte Rinder durch akuten Wassermangel in der Region.
26.7.2020	Über seinen Telegramkanal verkündet die republikanische Sonderkommission zur Bekämpfung des Coronavirus die Verlängerung der Quarantänemaßnahmen bis zum 15.8.2020.
27.7.2020	Im Zusammenhang mit dem Dambruch des Sardoba-Wasserreservoirs am 1.5.2020 wurden laut des Presdienstes der Generalstaatsanwaltschaft neun Personen festgenommen. Die Beschuldigten sind u. a. wegen »Diebstahl durch Unterschlagung« und »Verstoß gegen Sicherheitsvorschriften für Bergbau, Bau- und Sprengarbeiten« angeklagt.
27.7.2020	Gazeta.uz meldet nächtliche Zwangsverhöre von Chefredakteuren dreier karakalpakischer Zeitungen. Demnach wurden ebenfalls Telefone und Laptops von zwei Journalisten beschlagnahmt. Hintergrund war die Meldung des Todes von Musa Ernijazow, Vorsitzender des Parlamentes der Republik Karakalpakstan. Ernijazow war zuvor aufgrund einer Covid-19-Erkrankung behandelt worden.
28.7.2020	Präsident Mirsijojew zeigt sich erstmals öffentlich mit einer Atemschutzmaske vor den Medien.
31.7.2020	Die staatliche Nachrichtenagentur »UZA« bestätigt den Tod des 72-jährigen Vorsitzenden des karakalpakischen Parlamentes, Musa Ernijazow.
3.8.2020	Laut dem Ministerium für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen beträgt die aktuelle Arbeitslosenquote im Land 13,2%, im Vorjahreszeitraum lag sie bei 9,1%.
3.8.2020	Das staatliche Komitee für Tourismus kündigt die automatische Verlängerung von Usbekistanvisa bis zum 1.11.2020 an. Ausländischen Staatsbürgern, welche sich derzeit in Usbekistan aufhalten, drohen somit vorläufig keine Geldbußen nach Ablauf ihres Visums.
4.8.2020	Laut kun.uz wurden im Gebiet Fergana die landesweit noch bis zum 15.8.2020 geltenden verschärften Quarantänebestimmungen bereits am Vortag aufgehoben.

4.8.2020	Im Rahmen einer Videokonferenz appellierte Präsident Mirsijojew an die Mahalla-Vorsitzenden im Land, sich stärker im Kampf gegen Covid-19 zu engagieren. Laut Angaben von Mirsijojew arbeiten derzeit 40.000 Personen in 9.150 Mahallas. Sie seien es, welche am besten informiert wären über die Gesundheit der Bewohner ihres Quartiers, so Präsident Mirsijojew.
8.8.2020	Premierminister Abdulla Aripow bezeichnet Mahallavorsteher, welche Bürger bei sich zu Hause empfangen, als »Schande«.
9.8.2020	Per Dekret befreit Präsident Mirsijojew die Einwohner der Exklave Soch (Gebiet Fergana) von Land- und Einkommenssteuern. Dies erfolgt im Rahmen eines sozioökonomischen Entwicklungsplans für die Exklave. Das Dekret sieht ebenfalls die künftige Einrichtung von Flugverbindungen zwischen Soch und der Gebietshauptstadt Fergana vor.
10.8.2020	Der seit 2017 von den usbekischen Behörden gesuchte Journalist Bobomurod Abdullajew wurde nach Anfrage Usbekistans am 9.8.2020 in Bischkek von Beamten des kirgisischen Komitees für nationale Sicherheit festgenommen. Fergana Agency meldet, bezugnehmend auf Abdullajews Anwalt, dass gegen seinen Mandanten ein internationales Auslieferungsgesuch von usbekischen Behörden wegen des Verdachtes auf Präsidentenbeleidigung vorliegen würde.
10.8.2020	Präsident Mirsijojew gratuliert dem belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenk nach den umstrittenen belarussischen Präsidentschaftswahlen am Tag zuvor zum Wahlsieg.
12.8.2020	Der präsidentiale Pressedienst kündigt Lockerungen der zuletzt verschärften Quarantänebestimmungen an. Ab dem 15.8.2020 sei u. a. die Wiederherstellung des inländischen Flug- und Schienenverkehrs geplant.
17.8.2020	Der Pressedienst des Innenministeriums beziffert die Zahl der landesweit inhaftierten Gefangenen auf 22.900.
18.8.2020	Präsident Mirsijojew kündigt zinsgünstige Darlehen für usbekische Arbeitsmigranten an. Diese sollen künftig Kredite in Höhe von bis zu 10 Mio. usbekische Sum (980 US-Dollar) erhalten, um Reise-, Versicherungs- und Arbeitspatentkosten finanzieren zu können.
22.8.2020	Der usbekische Oppositionsjournalist Abdullajew wird laut Meldung von Interfax nach Usbekistan abgeschoben und dort festgenommen.
23.8.2020	Der am Tag zuvor festgenommene Journalist Abdullajew wird in Usbekistan freigelassen. Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet, dass Abdullajews Freilassung nach einem Gespräch seiner Mutter mit Präsident Mirsijojew erfolgte.
24.8.2020	Mehrere Medien melden die Zerschlagung einer mutmaßlichen dschihadistischen Terrorzelle in Naman-gan. Der Kopf der Zelle, ein 55-jähriger usbekischer Staatsbürger, soll über soziale Netzwerke (Facebook und Telegram) extremistische Inhalte verbreitet und zudem enge Kontakte zu aktiven islamistischen Kämpfern in Syrien gepflegt haben.
27.8.2020	Anlässlich des bevorstehenden Unabhängigkeitstages begnadigt Präsident Mirsijojew 100 Strafgefangene.
31.8.2020	Präsident Mirsijojew gedenkt öffentlich den usbekischen Opfern des stalinistischen Terrors und fordert alle Usbeken auf, die Erinnerung an damalige Repressionsopfer zu bewahren, meldet der präsidentiale Pressedienst auf seiner Website.
2.9.2020	Die republikanische Sonderkommission zur Bekämpfung des Coronavirus gestattet ab dem 4.9.2020 die Wiederdurchführung von Freitagsgebeten in Moscheen unter speziellen Hygieneauflagen. Die Gläubigen müssen u. a. während des Gebetes eine Maske tragen und werden beim Betreten der Moschee auf Fiebersymptome untersucht.
2.9.2020	Der Pressedienst des staatlichen kirgisischen Grenzdienstes meldet die Wiedereröffnung der kirgisisch-usbekischen Grenzübergänge. Grenzgänger müssten jedoch negative Coronatests mit sich führen bzw. bei Verdacht auf eine Covid-19-Erkrankung mit Quarantäneauflagen rechnen. Zudem kommt es zu Temperaturmessungen an den Grenzübergängen.
2.9.2020	Der Staatsanwalt des Bezirkes Kattakurgan (Gebiet Samarkand) stirbt im Alter von 44 Jahren an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung.
4.9.2020	Während einer Videokonferenz zwischen einer chinesischen Delegation und dem usbekischen Ministerium für innovative Entwicklung lädt China Usbekistan ein, an der Phase-III-Studie des chinesischen Covid-19-Impfstoffes teilzunehmen, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
7.9.2020	Der Pressedienst des Bildungsministeriums meldet die Wiedereröffnung von 329 Schulen.
7.9.2020	In Karschi (Gebiet Kaschkadarja) stirbt ein 45-jähriger Staatsanwalt an den Folgen einer schweren Lungenentzündung, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.

7.9.2020	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass Usbekistan den Erwerb eines Covid-19-Impfstoffes sowohl von Russland als auch in China erwägt.
8.9.2020	Der usbekische Staatsbürger Abdulkadir Mascharipow wird von einem türkischen Gericht in Istanbul zu 1.368 Jahren Haft verurteilt. Der geständige Verurteilte verübte in der Silvesternacht 2016/17 im Namen des IS einen Anschlag auf den Istanbuler Nachtclub »Reina« und tötete dabei 39 Menschen.
14.9.2020	In Usbekistan beginnt das neue Schuljahr. Die lokalen Gemeinderäte können über Schulöffnungen mitentscheiden, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL
18.9.2020	Die republikanische Sonderkommission zur Bekämpfung des Coronavirus verkündet die Öffnung der usbekischen Grenzen zum 01.10.2020. Die neuen Einreiseregulungen sehen jedoch u. a. (abhängig vom Herkunftsland variierend) verschiedene Test- sowie Quarantänemaßnahmen vor.
20.9.2020	Der stellvertretende Ministerpräsident Usbekistans Uktam Barnojew stirbt an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung. Nach Angaben von verschiedenen Medien wurde er in einem deutschen Krankenhaus behandelt, wo er auch verstarb.
21.9.2020	Der Pressedienst der usbekischen Botschaftsmissionen in Russland meldet eine Amnestie für usbekische Arbeitsmigranten, welche sich ohne gültigen Aufenthaltstitel in der Russischen Föderation aufhalten. Arbeitsmigranten, welche sich ohne gültigen bzw. mit abgelaufenen Aufenthaltstitel im Land aufhalten, können sich zur Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus noch bis zum 15.12.2020 beim Innenministerium melden.
22.9.2020	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet Bezug auf Angaben des Ministeriums für öffentliche Bildung, dass landesweit 4.379 Schulen wiedereröffnet wurden. Dies entspricht 43,9% aller Schulen im Land.
23.9.2020	In einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (Online-Sitzung) bezeichnet Präsident Mirsijojew die in Usbekistan während seiner Amtszeit umgesetzten demokratischen Reformen als »irreversibel«.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

#### Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

#### Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow  
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin  
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



# Kostenlose Länder-Analysen auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

